ür die Freie Stadt Danzig

Mr. 36

Ausgegeben Danzig, den 3. Mai

| Tag | Suer und Lage der täglichen Arbeitszeit u:tlaan Chepausen hervorgeben | it |
|-------------|--|-----|
| 13. 4. 1939 | Ausführungsberordnung zur Arbeitszeitordnung | 221 |
| 13. 4. 1939 | Ausführungsverordnung gur Berordnung über Rinderarbeit und über bie Arbeitszeit ber Jugendlichen . 2 | 26 |

Ausfährungsverdnung mig gnungsverorbnung

und schucker Berlanen von ber Met.gnundrotissetisden auf ift gu beitinmen, das bie Genehmigung

aber ihre Abidrift an lichtbarer Stelle in 1939 liral 1811 mogen it. Die Rechtsgrundlage it in der

Auf Grund der Arbeitszeitordnung vom 8. Februar 1939 (G. Bl. S. 47) § 9 Abs. 2, § 12 Abs. 1 in Berbindung mit § 27 Abs. 4, § 16 Abs. 3 und § 29 wird verordnet:

1. Die Aufgaben bes Senats fur bie Durchführung ber Arbeitszeitordnung werben von ber Senatsabteilung Wirtschaft, Sachgebiet Arbeitswirtschaft (W.5) wahrgenommen.

8 15 Abie 1 Gat 3 entfallt ber Animuch. Pritinchia Wirbeilegell regelmäßig

3u § 1 Abi. 1

2. Die Arbeitszeitordnung gilt in der Binnenschiffahrt und Flößerei nach der Ausführungsverordnung jum Jugendschutzgeset vom 13. April 1939 (G. Bl. S. 226) Rr. 2 auch für Jugendliche.

311 § 4 21bi. 1

- 3. Die Entscheidung, ob die Art des Betriebes eine ungleichmäßige Berteilung der Arbeitszeit erforbert, ift nur in Zweifelsfällen notwendig. Sie fann von Umts wegen oder auf Antrag getroffen werden. Der Bescheid ift bem Unternehmer durch die Bost mit Zustellungsurfunde ober durch einen öffentlichen Beamten guguftellen. Gine besondere Mitteilung ift nicht erforderlich, wenn die Entscheidung öffentlich bekanntgemacht wird. nog nedelegen trad liegeduk enedeardreinung eich
- 4. Entscheidungen von grundsätlicher Bebeutung sind im Staatsanzeiger Teil I zu veröffentlichen.
- 5. Das Gewerbeaufsichtsamt hat den Entwurf einer Entscheidung von grundsählicher Bedeutung vor dem Erlag dem Senat vorzulegen, der eine Nachprüfung vorzunehmen hat und gegebenenfalls weitere Feststellungen veranlassen kann. Bestehen keine Bedenken, so ift die Sache an bas Gewerbeaufsichtsamt mit bem Bemerken zurückzugeben, daß der Entscheidung zugestimmt wird; andernfalls ist die Abänderung der Entscheidung zu veranlassen. Anderdasknum denie sie netiedelle in E. al.
- jugelassene Ausnahme von der allgemeinen Paufenregelung keine Auwendung, wern dische beit, den

311 § 4 21bf. 3

7. Auf Grund des § 4 Abs. 3 fann lediglich eine Überschreitung der zehnstündigen Arbeitszeit, nicht bagegen eine vom § 4 Abf. 1 und 2 abweichende Regelung, 3. B. Die Berlängerung des Ausgleichszeitraums, zugelassen werden. Für eine solche Regelung it gegebenenfalls eine Genehmigung nach § 8 erforderlich; hierbei finden die Vorschriften des § 15 über Mehrarbeitsvergütung Anwendung. Für weibliche Gefolgschaftsmitglieber gelten bie weitergehenden Borschriften des § 17 Abs. 3. Antrage auf Genehmigung einer Überschreitung der Zehnstundengrenze sind ebenso wie die Antrage auf Bulaffung von Arbeitszeitverlängerungen (§ 8) nach ben Borschriften ber Nr. 11 zu behandeln. eid nedrem tendraspus (nelusquist) negender 1916. 4

8. Die Vorschriften der Nr. 3 bis 6 gelten auch für Entscheidungen, ob bestimmte Arbeiten als Bor- und Abschlußarbeiten im Sinne des § 5 anzusehen sind.

behandeln. Eine Berlängerung der Rubevaufen tann auch von Ante wegen angegednet verte

311 § 7

9. Die Grenze, bis zu der die regelmözige tägliche Arbeitszeit verlängert werden darf, ist in der Tarifordnung sestzulegen. Sie darf zehn Stunden nur für Gefolgschaftsgruppen, in deren Arbeitszeit regelmäßig und in erheblichem Umfang Arbeitsbereitschaft fällt, überschreiten. In den vor Inkrastztreten dieser Berordnung erlassenen Tarifordnungen treten Bestimmungen, die die andere Berteilung der Arbeitszeit abweichend vom § 4 regeln, außer Krast; es gilt die gesesliche Regelung.

311 8 8

- 10. Aus dem Antrag auf Arbeitszeitverlängerung, dem möglichst eine Durchschrift beizufügen ist, sollen der Grund der Arbeitszeitverlängerung, die Jahl und das Geschlecht der in Betracht kommenden erwachsenen Gesolsschaftsmitglieder, die Art der Beschäftigung, die Dauer der Ausnahme und die Dauer und Lage der täglichen Arbeitszeit und der Ruhepausen hervorgehen.
- 11. Die Ausnahmen sind zu befristen. Sie sind gegebenenfalls durch Bedingungen einzuschränken, die mit dem Zwed der Berordnung, insbesondere mit dem Schutz der Gefolgschaftsmitglieder gegen Gefährdung durch die Dauer der Arbeitszeit, in unmittelbarem Zusammenhang stehen (z. B. Bestimmungen über die Lage der Arbeitszeit und der Ruhepausen, über Bereitstellung einer warmen Mahlzeit, über Gewährung zusätzlicher Freizeit für geleistete Mehrarbeit und über die Besreiung schwangerer und schwächlicher Personen von der Mehrarbeit). In der Regel ist zu bestimmen, daß die Genehmigung oder ihre Abschrift an sichtbarer Stelle im Betriebe auszuhängen ist. Die Rechtsgrundlage ist in der Genehmigung anzugeben. Die Durchschrift des Antrags kann in geeigneten Fällen für die Genehmizung verwandt werden. Die Genehmigung ist zu widerrusen, wenn der Betriebsführer gegen Arbeitsschutzvorschriften, insbesondere gegen die Genehmigungsbedingungen erheblich verstößt.
- 12. Für Mehrarbeit, die auf Grund einer Genehmigung nach § 8 geleistet wird, hat das Gefolgschaftsmitglied regelmäßig einen Anspruch auf Mehrarbeitsvergütung (§ 15 Abs. 1 Sat 1). Nach § 15 Abs. 1 Sat 3 entfällt der Anspruch, wenn in die Arbeitszeit regelmäßig und in erheblichem Umfang Arbeitsbereitschaft fällt; die hierfür in Betracht kommenden Gefolgschaftsgruppen sind in der Genehmigung zu bezeichnen. In der Genehmigung ist keine Regelung der Mehrarbeitsvergütung zu treffen; es kann jedoch auf die gesehlichen und gegebenenfalls auf die tarislichen Bestimmungen über Mehrarbeitsvergütung hingewiesen werden.

3u § 10

13. Anträge auf Zulassung einer abweichenden Regelung des Schichtwechsels sind nach den Bor-schriften der Nr. 11 zu behandeln.

311 § 12 2161. 1

- 14. Die ununterbrochene Ruhezeit darf, abgesehen von den im § 12 Abs. 1 Satz 2 genannten Betrieben, auch in Bäckereien und Konditoreien für die der Arbeitszeitordnung unterliegenden Gesfolgschaftsmitglieder auf zehn Stunden verkürzt werden.
- 15. Anträge auf Berkürzung der arbeitsfreien Zeiten sollen die entsprechenden Angaben der Nr. 10 enthalten; sie sind nach den Borschriften der Nr. 11 zu behandeln.

311 § 12 Abs. 2

- 16. Bei Arbeiten, die einen ununterbrochenen Fortgang erfordern, findet die in § 12 Abs. 2 Sat 3 zugelassene Ausnahme von der allgemeinen Pausenregelung keine Anwendung, wenn die Arbeiten nur in zwei Schichten ausgeführt werden.
- 17. Bei einer abweichenden Festsetung der Ruhepausen sind u.a. die Art der Arbeit, die Beschaffenheit der Arbeitsräume, das Borhandensein von Aufenthaltsräumen und das Geschlecht der Gefolgschaftsmitglieder zu berüdsichtigen. Eine Berkürzung der Ruhepausen üt nur zuzulassen, wenn die Gesamtdauer der Ruhepausen dieselbe bleibt oder die notwendige Erholung anderweitig sichergestellt ist. Eine Berlängerung der Ruhepausen kommt für Gefolgschaftsmitglieder in Betracht, die durch die Beschäftigung in erheblichem Maße beansprucht oder der Einwirkung giftiger Stoffe ausgesetzt sind. Bei Fließe und Bandarbeit oder anderen mit besonderen Beanspruchungen verbundenen Arbeitsversfahren können zusählich auch häufigere Arbeitsunterbrechungen (Kurzpausen) angeordnet werden, die als Arbeitszeit gelten.
- 18. Die Zulassung von Ausnahmen, 3. B. eine Berkürzung der Ruhepausen, seht einen Antrag entsprechend der Borschrift der Nr. 10 voraus; der Antrag ist nach den Borschriften der Nr. 11 zu behandeln. Eine Berlängerung der Ruhepausen kann auch von Amts wegen angeordnet werden. Die Berfügung ist im Bedarfsfall im Staatsanzeiger Teil I zu veröffentlichen.

311 § 15 Abi. 1

19. Den Lehrlingen, die nach § 15 Abs. 1 keinen Anspruch auf eine Mehrarbeitsvergütung haben, sind im Sinne dieser Borschrift die in einem anerkannten Anlernverhältnis beschäftigten Gefolgschafts-mitglieder gleichgestellt. Der Anspruch auf Wehrarbeitsvergütung entfällt jedoch nur, wenn die Lehr-linge und die in einem anerkannten Anlernverhältnis beschäftigten Gefolgschaftsmitglieder eine Erziehungsbeihilfe erhalten.

3n § 16

20. In Hochofen= und Stahlwerken, Metallhütten und Walz=, Breß= und Hammerwerken für Eisen, Stahl und andere Metalle, in denen diese Stoffe nicht kalt verarbeitet werden, dürfen weibliche Gefolgschaftsmitglieder nicht mit den eigentlichen Betriebsarbeiten beschäftigt werden. Sie dürfen ferner über das Berbot des § 16 Abs. 2 hinaus bei Bauten aller Art auch nicht mit den eigentlichen Betriebsarbeiten beschäftigt werden.

3u § 19 Abj. 2

- 21. Die Anzeige über die Verlegung der Schichten in die Zeit von fünf dis zweiundzwanzig Uhr ist beim Gewerbeaufsichtsamt schriftlich zu erstatten. Aus der Anzeige müssen die Zahl der in jeder Schicht beschäftigten männlichen und weiblichen Gefolgschaftsmitglieder, die Art der Tätigkeit, die Dauer und Lage jeder Schicht und der in jeder Schicht gewährten Pausen sowie der Grund der Schichtverslegung hervorgehen.
- 22. Der Antrag auf Zulassung der Schichtverlegung in die Zeit von sieben bis vierundzwanzig Uhr soll die gleichen Angaben enthalten wie die Anzeige nach Nr. 21. Er ist nach den Borschriften der Nr. 11 zu behandeln.

31 § 20 Abs. 2 23. Ausnahmen von den Borschriften des § 17 über Höchstarbeitszeit und des § 19 über Nachtruhe und Frühschluß vor Sonn- und Feiertagen können für bestimmte Gefolgschaftsgruppen, für eine Betriebsabteilung oder für den ganzen Betrieb nur auf die Dauer von zwei Wochen und für nicht mehr als vierzig Tage innerhalb eines Kalenderjahres zugelassen werden. Falls einem Unternehmer nacheinander Genehmigungen für bestimmte Gefolgschaftsgruppen, eine Betriebsabteilung oder den ganzen Betrieb erteilt werden, darf das einzelne Gefolgschaftsmitglied höchstens an vierzig Tagen im Kalenderjahr abweichend von den Borschriften der §§ 17 und 19 beschäftigt werden.

24. Anträge auf Zulassung der in Nr. 23 genannten Ausnahmen sollen die entsprechenden Ansgaben der Nr. 10 enthalten; sie sind nach den Vorschriften der Nr. 11 zu behandeln.

311 § 20 Mbi. 3

25. Für eine abweichende Regelung der Ruhepausen der Frauen gelten die Vorschriften der Nr. 17 und 18 entsprechend.

3u § 20 Abi. 4

26. Bei Erteilung von Genehmigungen für Betriebe, in denen die Arbeiter in außergewöhnlichem, Grade der Einwirkung von Site ausgesett sind, finden die Borschriften der Nr. 10 und 11 über den Inhalt und die Behandlung von Anträgen entsprechende Anwendung.

3u § 21

27. Die Anzeige von Notfällen ist unverzüglich mündlich (fernmündlich) oder schriftlich zu erstatten. In der Anzeige sind die Umstände, die eine Ausnahme nach § 21 begründen, der Umfang der Ausnahme und ihre voraussichtliche Dauer anzugeben. Bei Arbeiten von längerer Dauer kann eine abweichende Regelung der Arbeitszeit nicht auf § 21 gestüht werden. Das Gewerbeaufsichtsamt hat nach Möglichkeit nachzuprüfen, ob ein Notfall vorliegt.

311 § 24 Abf. 1 Mr. 1

28. Statt der Auslage kann ein Aushang der Arbeitszeitordnung erfolgen. Auf dem Aushang müssen mindestens die Vorschriften der §§ 1 bis 27 leicht lesbar abgedruckt sein.

3u § 24 Abf. 1 Mr. 2

29. Die Vorschrift, daß ein Aushang über Beginn und Ende der regelmäßigen täglichen Arbeitszeit und der Ruhepausen an sichtbarer Stelle anzubringen ist, gilt entsprechend für Jugendliche (Jugendschutzgeset § 23 Abs. 1 Ar. 3). Die Angaben für Erwachsene und Jugendliche können auf einem Aushang vereinigt werden. Falls die Arbeitszeit in einzelnen Betriebesabteilungen verschieden geregelt ist, ist für jede Betriebsabteilung ein Aushang erforderlich. Weicht die regelmäßige Arbeitszeit einzelner Gefolgschaftsmitglieder von der allgemeinen Arbeitszeit ab, so sind die abweichenden Arbeitszeiten auf dem Aushang kenntlich zu machen. Das Gewerbeaufsichtsamt kann nähere Bestimmungen treffen, u.a. auch Bereinfachungen zulassen.

311 § 24 216. 1 Mr. 3

- 30. Als Nachweis für die andere Berteilung der Arbeitszeit dient der Aushang (Nr. 29), wenn sich dieselbe ungleichmäßige Berteilung der Arbeitszeit innerhalb des Ausgleichszeitraums längere Zeit hindurch wiederholt. Auf dem Aushang müssen Beginn und Ende der Arbeitszeit und der Ruhepausen für jeden Tag des Ausgleichszeitraums angegeben sein.
- 31. Weicht die tägliche Arbeitszeit in Ausnahmefällen von der durch Aushang (Ar. 29) bekanntsgemachten regelmäßigen Arbeitszeit ab, so ist in Ergänzung des Aushangs Tag und Umfang der Abweichung in einem Verzeichnis oder einer Kartei spätestens am folgenden Werktag festzulegen. Aus den Eintragungen muß zu erkennen sein, daß die Gesamtdauer der Arbeitszeit des einzelnen Gefolgsschaftsmitgliedes innerhalb des Ausgleichszeitraums die gesetzliche Grenze nicht überschreitet. Die Einstragungen können auch in den Lohnlisten oder der Lohnkartei gemacht werden.
- 32. Andern sich die täglichen Arbeitszeiten häufig, so ist statt des Aushangs (Nr. 29) ein Verzeichnis oder eine Kartei zu führen, in die Beginn und Ende der täglichen Arbeitszeit und ihre Dauer für das einzelne Gefolgschaftsmitglied, gegebenenfalls zusammengefaßt für den Betrieb, die Betriebsabteilung oder bestimmte Gefolgschaftsgruppen, spätestens am folgenden Werktag einzutragen sind. Als auszeichender Nachweis sind auch Stempeluhrkarten anzusehen. Die Eintragungen können auch in den Lohnlisten oder der Lohnkartei gemacht werden.
- 33. Der Nachweis über Bor= und Abschlußarbeiten muß sich auf die Dauer dieser Arbeiten und die beteiligten Gefolgschaftsmitglieder erstrecken. Es genügen entsprechende Angaben auf dem Aushang über die tägliche Arbeitszeit (Nr. 29 und 30) oder in dem Berzeichnis, der Kartei oder dem sonstigen Nachweis über die andere Berteilung der Arbeitszeit (Nr. 31 und 32).
- 34. Der Nachweis über die Arbeitszeitverlängerung an dreißig Tagen im Jahr muß sich auf das Datum der Tage, die Dauer der Arbeitszeit an diesen Tagen und die an der Mehrarbeit beteiligten Betriebsabteilungen erstrecken. Die Angaben sind in einem Berzeichnis oder einer Kartei festzulegen.
- 35. Die in außergewöhnlichen Fällen festgesetzten Arbeitszeiten, die Art der Arbeiten und die beteiligten Gefolgschaftsmitglieder sind unverzüglich schriftlich festzulegen.
- 36. Der Senat kann für einzelne Arten von Betrieben oder Arbeiten eine einheitliche Form der Nachweise vorschreiben. Die Anordnungen des Senats werden im Staatsanzeiger — Teil I — bekanntsgemacht. Soweit derartige Bestimmungen nicht erlassen sind, kann das Gewerbeaussichtsamt eine entsprechende Anordnung treffen; es kann auch Abweichendes bestimmen.

311 § 24 2161. 2

37. Unternehmer und Gefolgschaftsmitglieder sind verpflichtet, dem Gewerbeaufsichtsamt die zur Erfüllung seiner Aufgaben erforderlichen Angaben zu machen. Zu den Nachweisen, die dem Gewerbeaufsichtsamt auf Berlangen vorzulegen oder zur Einsicht einzusenden sind, gehören sämtliche in Nr. 29 bis 35 genannten Aushänge, Verzeichnisse und Karteien, insbesondere auch Stempeluhrkarten, Lohnund Gehaltslisten sowie sonstige Unterlagen, aus denen Zahl und Zusammensehung der Gefolgschaft und Art und Dauer der Beschäftigung jedes Gefolgschaftsmitglieds ersichtlich sind. Die Nachweise sind mindestens ein Jahr nach der letzten Eintragung aufzubewahren.

311 § 25 Abj. 3

- 38. Zur Erzwingung der nach § 9 Abs. 2 oder § 16 Abs. 3 angeordneten Mahnahmen ist in der Regel zunächst das Strafversahren auf Grund des § 25 Abs. 1 und 2 durchzusühren. Bon der Besugnis des § 25 Abs. 3 ist erst dann Gebrauch zu machen, wenn auch nach rechtskräftiger Bestrafung ein den Bestimmungen entsprechender Zustand nicht hergestellt wird; nur wenn die Nichtausführung der angeordneten Mahnahmen eine unmittelbare und erhebliche Gesahr für die Gesundheit und Sittlickseit der Gefolgschaftsmitglieder zur Folge hat, ist die Einstellung des Betriebes schon vor Erledigung des Strasversahrens anzuordnen. Zwei Abschriften der Berfügung sind dem Senat auf dem Dienstwege vorzulegen.
- 39. Die Einstellung des Betriebes darf nur angeordnet werden, soweit der Betrieb von den auf Grund des § 9 Abs. 2 oder des § 16 Abs. 3 erlassenen Bestimmungen betroffen wird. Die Ansordnung ist unverzüglich aufzuheben, wenn Maßnahmen getroffen werden, durch die eine Fortsehung der Beschäftigung ohne erhebliche Nachteile oder Gefahren für die Gefolgschaftsmitglieder möglich ist.

old dril of 34 § 27 Mbf. 1

40. Die Ortspolizeibehörden haben dem Gewerbeaufsichtsamt bei der Durchführung der Arbeits= zeitordnung Amtshilfe zu leisten.

Anhörung ber berufsständigen Organisationen

41. Das Gewerbeaufsichtsamt und der Senat kann vor Erteilung von Bescheiden, die auf Grund der Arbeitszeitordnung und dieser Berordnung ergehen und von allgemeiner oder grundsählicher Besteutung sind, die berufsständigen Organisationen anhören.

Sonftiges

- 42. Die Vorschriften der §§ 12 und 18 über arbeitsfreie Zeiten und Ruhepausen und des § 19 über Nachtruhe gelten auch für die nach anderen gesetzlichen Vorschriften zulässige Beschäftigung von Gefolgschaftsmitgliedern an Sonn- und Feiertagen, soweit in diesen Vorschriften keine abweichende Regelung getroffen ist.
- 43. Das Gewerbeaufsichtsamt kann in einem Bescheid gleichzeitig mehrere Genehmigungen nach dieser Berordnung und der Ausführungsverordnung zum Jugendschutzeset vom 13. April 1939 (G.Bl. S. 226) erteilen.
- 44. Das Gewerbeaufsichtsamt hat über die Entscheidungen nach Nr. 3 und 8 und über die Genehmigungen nach Nr. 11, 13, 15, 18, 22, 24, 25, 26, 48 und 53 Verzeichnisse zu führen. Diese Verzeichnisse und die Verzeichnisse, die von dem Gewerbeaufsichtsamt nach der Aussührungsverordnung zum Jugendschutzeset vom 13. April 1939 (G. VI. S. 226) zu führen sind, können zur Vereinfachung und besseren übersicht zu Listen zusammengefaßt werden. Der Senat kann eine einheitliche Form der Verzeichnisse oder Listen vorschreiben.
- 45. Genehmigungen, die auf Grund der bisherigen Arbeitszeitbestimmungen für die Beschäftigung von Gefolgschaftsmitgliedern über 18 Jahre erteilt sind, bleiben bis zum Ablauf der in ihnen festgesetzten Frist, spätestens bis zum 31. Juni 1939 in Kraft.

int Berordnung fiber Ambergradll tindidle Aebeitegeit der Jugendlichen

Gaft= und Schanfwirtichaften

- 46. In Gost- und Schankwirtschaften und im übrigen Beherbergungswesen ist den Gefolgschaftsmitgliedern in jeder Woche einmal eine ununterbrochene Ruhezeit von mindestens vierundzwanzig Stunden im Anschluß an eine Nachtruhe zu gewähren. Mindestens in jeder vierten Woche soll die Ruhezeit auf einen Sonntag fallen.
- 47. In Bade= und Ausflugsorten kann während der Saison in jeder zweiten und dritten Woche an Stelle des ganzen Ruhetags ein halber Ruhetag gewährt werden. Als halber Ruhetag gilt eine Freizieit am Bormittag dis vierzehn Uhr oder am Nachmittag von vierzehn Uhr ab. Welche Orte als Bade= und Ausflugsorte gelten sowie die Zeit der Saison bestimmt der Senat.
- 48. Das Gewerbeaufsichtsamt kann aus wichtigen Gründen eine von Nr. 46 und 47 abweichende Regelung der Ruhezeiten zulassen.
- 49. Das Datum der ganzen und halben Ruhetage und die beteiligten Gefolgschaftsmitglieder sind spätestens am folgenden Werktag in ein Berzeichnis oder eine Kartei einzutragen. Wenn die Regelung der Ruhezeiten längere Zeit dieselbe ist, kann an Stelle des Verzeichnisse ein Aushang mit den entsprechenden Angaben treten. Die Bestimmungen der Nr. 36 über eine einheitliche Form des Nachweises sinden Anwendung.

Abidnitt III

Rraftfahrer und Beifahrer

- 50. Die Arbeitszeit der Kraftfahrer und Beifahrer darf die in der Arbeitszeitordnung festgesetzen Grenzen (§§ 3 bis 11 und § 17) nicht überschreiten. Arbeitszeit ist die Zeit vom Beginn bis
 zum Ende der Arbeit ohne die Ruhepausen (§ 2 Abs. 1); sie umfaßt den reinen Dienst am Steuer,
 Vor= und Abschlußarbeiten, sonstige Hissarbeiten und Arbeitsbereitschaft. Der reine Dienst am Steuer
 darf nicht über acht Stunden in der Schicht ausgedehnt werden. Die Arbeitszeit einschließlich der Ruhepausen (Arbeitsschicht) darf höchstens 12 Stunden betragen.
- 51. Die Fahrzeit ist durch Ruhepausen von solcher Dauer zu unterbrechen, daß eine ausreichende Erholung gewährleistet ist. Als Ruhepausen gelten nur Arbeitsunterbrechungen von mindestens einer Viertelstunde. Der Dienst am Steuer darf ohne Unterbrechung höchstens viereinhalb Stunden aussgubt werden. Nach einem ununterbrochenen viereinhalbstündigen Dienst am Steuer ist für das Gesfolgschaftsmitglied eine Ruhepause von mindestens einer halben Stunde einzulegen.
- 52. Die ununterbrochene Ruhezeit zwischen zwei Schickten muß mindestens elf Stunden betragen; im Verkehrswesen darf die ununterbrochene Ruhezeit auf zehn Stunden verfürzt werden (§ 12 Abs. 1). Innerhalb zweier Wochen müssen zwei ununterbrochene Ruhezeiten von mindestens sechsunddreißig und vierundzwanzig Stunden liegen.

- 53. Durch Tarifordnung oder Dienstordnung tann für Kraftfahrer und Beifahrer eine von Rr. 50 bis 52 abweichende Regelung der Dauer des Dienstes am Steuer, der Arbeitsschicht, der Ruhepausen und der Ruhezeiten zugelassen werden. In besonderen Fällen tann das Gewerbeaufsichtsamt beim Nachweis eines dringenden Bedürfnisse eine abweichende Regelung genehmigen.
- 54. Über die Arbeitszeit der Kraftfahrer und Beifahrer sind Fahrtenbucher zu führen, aus denen Die Dauer folgender Zeitgruppen bervorgeben muß: Arbeitsschicht, Bor-, Abschluß- und somftige Silfsarbeiten, reiner Diemst am Steuer, Arbeitsbereitschaft sowie Ruhepausen. Die Eintragungen sind von dem Kraftfahrer und Beifahrer bei Beginn und am Ende jeder Zeitgruppe vorzunehmen. Die Fahrtenbücher sind während der Fahrt mitzuführen und dem zuständigen Beamten auf Berlangen auszuhändigen. Die Borschriften der Nr. 36 über eine einheitliche Form des Nachweises finden An-43. Das Gewerbeauflichtsamt fannt in einem Beldeid gleichwittig mehtered Gerenmidun anuchen

Dieser Berordnung und ber Ausführunger VI tinchest ungenösigegeschingen gewilden Angeleit genichten Be.

Intrafttreten

55. Diese Berordnung tritt mit dem Tage der Berkundung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Berordnung betreffend die Beschäftigung von Gefolgschaftsmitgliedern in Gast- und Schankwirtschaften vom 25. Mai 1936 (G.Bl. S. 215)/16. Dezember 1937 (G.Bl. S. 659) außer Kraft.

Danzig, den 13. April 1939. An ergen that community meller up thill appelled and

Der Senat der Freien Stadt Danzig od wolld rode allimbioriel

79

W 5 - 52 06 Greiser Suth und die Greiser Suth von Gesolgichastsuntgliedern über 18. Jahre arteilt sind, bleiden dis sum Ablauf der im ihnen gielb

Ausführungsverordnung

gur Berordnung über Rinderarbeit und über die Arbeitszeit ber Jugendlichen (Jugendiduggefeg).

Vom 13. April 1939.

Auf Grund der Berordnung über Kinderarbeit und über die Arbeitszeit der Jugendlichen (Jugendichutgeset) vom 5. Oftober 1938 (G. Bl. S. 493) § 20 Abs. 1 und § 27 wird nach Anhörung des Staatsjugendführers verordnet:

1. Die Aufgaben des Senats für die Durchführung des Jugendschutgesetes werden von der Senatsabteilung Wirtschaft, Sachgebiet Arbeitswirtschaft (W. 5) wahrgenommen.

geit am Bormittag bis vierzehn Uhr ober friedte 2 gute von vierzehn Uhr ab. Welche Orte als

2. Für Jugendliche in der Binnenschifffahrt und Flögerei gilt, vorbehaltlich einer besonderen gesetzlichen Regelung, die Arbeitszeitordnung vom 8. Februar 1939 (G. Bl. S. 47). Kinder dürfen in der Binnenschiffahrt und Flößerei nicht beschäftigt werden.

3u § 2 Abs. 3 de me apatrelle necessitation energiano

3. Die Anordnung, die eine Befolgung von Borichriften des Jugendichutgesetes für einen einzelnen Familienbetrieb zwingend festsett, ist burch die Post mit Zustellungsurkunde oder durch einen öffentlichen Beamten zuzustellen. Die Anordnung ist mit Gründen zu versehen und zu befristen. Handelt es sich um einen Betrieb, der unter das Geset über die Hausarbeit vom 20. Dezember 1911 (Reichsgesethl. I S. 976) fällt, so ist die Anordnung von dem Gewerbeaufsichtsamt nach Anhörung des Landestreuhänders der Arbeit zu erlassen.

3u § 2 Abs. 4

4. Die vom Gewerbeaufsichtsamt für den einzelnen Betrieb getroffene Entscheidung über bie Geltung des Gesehes ist dem Unternehmer durch die Post mit Justellungsurkunde oder durch einen öffentlichen Beamten zuzustellen. Sie ist mit Gründen zu versehen. Drei Abschriften bes Bescheides sowie gegebenenfalls einer Beschwerbeentscheidung (§ 25) sind dem Senat auf dem Dienstwege vorzulegen.

3u § 5 Abs. 1

5. Arbeitskarten sind für eigene und fremde Kinder erforderlich. Ausgenommen sind Kinder über zwölf Jahre, die nur gesegentlich mit den im § 5 Abs. 2 zugelassenen Arbeiten beschäftigt werden. Arbeitskarten sind ferner nicht erforderlich, wenn Kinder nur gelegentlich bei Musikaufführungen, Theatervorstellungen, anderen Schaustellungen oder Darbietungen und Filmaufnahmen mitwirken; nach § 5 Abs. 4 ift jedoch in diesen Fällen eine Genehmigung des Gewerbeaufsichtsamts einzuholen (siehe Nr. 20 bis 28). Eine nur gelegentliche Beschäftigung liegt nicht vor, wenn die Beschäftigung in gewisser Folge regelmäßig wiederkehrt.

- 6. Der Antrag auf Aussteslung einer Arbeitskarte ist von dem gesetzlichen Vertreter des Kindes, von dem Unternehmer, der das Kind beschäftigen will, oder von einem anderen Beteiligten bei der Ortspolizeibehörde zu stellen, in deren Bezirk das Kind seinen dauernden Ausenthalt hat. Wird der Antrag nicht von dem gesetzlichen Vertreter des Kindes gestellt, so ist seine schriftliche Zustimmung beizubringen. Der Antrag kann schriftlich oder mündlich gestellt werden. In ihm müssen Vor- und Zunamen, Wohnort und Geburtsdaten (Tag, Monat, Jahr und Ort) des Kindes sowie Stelle, Art und Dauer der Beschäftigung angegeben sein.
- 7. Die Ortspolizeibehörbe hat über den Antrag einen Vordrud (Muster 1) auszufüllen. Der ausgefüllte Vordrud mit etwaigen Anlagen ist über die Schulbehörde und das Iugendamt bei Rindern, die die Schule noch nicht besuchen, nur über das Iugendamt an das für den Beschäftigungsort zuständige Gewerbeaussichtsamt zu senden, soweit nicht die unmittelbare Weitergabe an das Gewerbeaussichtsamt nach Nr. 8 in Betracht kommt. Der Antrag ist als schleunige Angelegenheit zu behandeln. Das Iugendamt hat insbesondere zu der Frage Stellung zu nehmen, ob der Gesundeheitszustand des Kindes die beabsichtigte Beschäftigung zuläht. Die Stellung des Iugendamts zu dem Antrag hat bei Kindern, die der Staatsjugend angehören, im Benehmen mit der zuständigen Dienststelle des Staatsjugendführers zu erfolgen; aus der Äußerung des Iugendamts muß die Stellung dieser Dienststelle hervorgehen.
- 8. Die Ortspolizeibehörde kann den Antrag auf Ausstellung einer Arbeitskarte unmittelbar an das Gewerbeaufsichtsamt senden, wenn gegen die Beschäftigung des Kindes keine Bedenken bestehen und die beschleunigte Ausstellung dringend geboten erscheint; eine Zweitaussertigung des Antrags (Durchschrift des Musters 1) ist nach den Bestimmungen der Nr. 7 über die Schulbehörde und das Iugendamt an das Gewerbeaufsichtsamt zu senden. Hat auch das Gewerbeaufsichtsamt keine Bedenken, so stellt es sofort nach Eingang der Erstaussertigung des Antrags eine Arbeitskarte mit einem entsprechenden Vorbehalt aus. Der Antrag kann statt bei der Ortspolizeibehörde auch beim Gewerbeaufsichtsamt eingereicht werden, wenn die Sachlage eine sofortige Entscheidung verlangt. Die Arsbeitskarte ist auch in diesem Fall mit entsprechendem Vorbehalt auszustellen. Die Stellung der Schulbehörde und des Jugendamts ist nachträglich anzusordern.
- 9. Das Gewerbeaufsichtsamt entscheibet über den Antrag. Die Arbeitskarte (Muster 2) darf nur ausgestellt werden, wenn der seelische und körperliche Zustand des Kindes sowie die Art der Beschäftigung keine Schädigung der Erziehung oder Gesundheit oder keine sonstigen Nachteile erwarten lassen. Der Antrag kann u. a. abgelehnt werden, wenn das Kind einen unwerhältnismäßig weiten Weg zur Arbeitsstätte zurückzulegen hat oder wenn sonstige in der Person des Unternehmers oder der Art der Beschäftigung liegende Gründe die Ausstellung der Arbeitskarte nicht angezeigt erscheinen lassen. In der Regel ist für das Kind nur eine Arbeitskarte auszustellen. Falls für das Kind ausznahmsweise mehrere Arbeitskarten ausgestellt werden, ist die Beschäftigungsdauer auf jeder Arbeitskarte so zu begrenzen, daß die Gesamtdauer der Arbeitszeit den gesetzlichen Borschriften entspricht. Das Gewerbeaufsichtsamt hat die Arbeitskarte in ein Berzeichnis (Muster 3) einzutragen, dessen lausende Nummer auf der Arbeitskarte anzugeben ist. Die Arbeitskarte ist dem Antragsteller zuzustellen.
- 10. Das Gewerbeaufsichtsamt hat die Ortspolizeibehörde und das Jugendamt, außerdem bei Kindern, die die Schule besuchen, die Schulbehörde und bei Kindern, die der Staatsjugend angehören, die zuständige Dienststelle des Staatsjugendführers von der Ausstellung der Arbeitskarte zu benacherichtigen.
- 11. Die Beschäftigung des Kindes ist nur zulässig, wenn dersenige, der das Kind beschäftigt (Unternehmer), im Besit der Arbeitskarte ist. Der Unternehmer hat die Arbeitskarte aufzubewahren, auf amtliches Berlangen vorzuzeigen und nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses dem gesetzlichen Bertreter des Kindes auszuhändigen.
- 12. Das Kind darf nur von dem Unternehmer beschäftigt werden, dessen Namen auf der Arbeitsfarte eingetragen ist. Die Beschäftigung ist nur mit den auf der Arbeitskarte verzeichneten Arbeiten zulässig; sie darf die auf der Arbeitskarte angegebene Dauer der Arbeitszeit nicht überschreiten.
- 13. Soll das Kind in einem anderen Arbeitsverhältnis beschäftigt werden, so ist bei der Ortspolizeibehörde (wenn die Sachlage eine sofortige Entscheidung verlangt, bei dem Gewerbeaufsichtsamt) ein Antrag auf Ergänzung der Arbeitskarte zu stellen. Die Ortspolizeibehörde hat einen Vordruck (Muster 4) auszufüllen und unmittelbar an das Gewerbeaufsichtsamt zu senden. Das Gewerbeaufsichtsamt hat die Stellung des Jugendamts und der zuständigen Dienststelle des Staatsjugendführers hersbeizuführen, wenn die neue Beschäftigung erhebliche Beränderungen im Leben des Kindes mit sich bringen kann. Ergeben sich keine Bedenken, so sind der Name des Unternehmers sowie Art und Dauer der Beschäftigung auf der Arbeitskarte, die dem Gewerbeaufsichtsamt zu diesem Zwed vorzulegen ist,

Multer

Millet

Multer of

zu vermerken. Das Berzeichnis (Nr. 9) ist zu berichtigen. Die Borschrift der Nr. 10 über die Benachrichtigung der beteiligten Stellen gilt entsprechend.

- 14. Will der Unternehmer das Kind mit anderen als den auf der Arbeitskarte angegebenen Arbeiten oder über die festgesetzte Dauer der Arbeitszeit hinaus beschäftigen, so ist die Arbeitskarte dem Gewerbeaufsichtsamt zur Ergänzung einzureichen. Der Antrag ist den Vorschriften der Nr. 13 Sat 4 bis 6 entsprechend zu behandeln.
- 15. Die Ausstellung der Arbeitskarte erfolgt kosten= und stempelfrei. Der Berlust einer Arbeits= karte ist dem Gewerbeaufsichtsamt unverzüglich anzuzeigen, das eine Zweitschrift aussertigt. Für die Zweitaussertigung können Gebühren erhoben werden.
- 16. Die Arbeitskarte ist von dem Gewerbeaufsichtsamt als ungültig zu erklären, wenn Schädisgungen der Erziehung oder Gesundheit des Kindes sestgestellt werden oder wenn das Kind durch die Beschäftigung nachweislich Gesahren oder sonstigen Nachteilen ausgesetzt ist. Die Entziehung der Arsbeitskarte kann von Amts wegen oder auf Antrag erfolgen. Die Verfügung ist dem Unternehmer und dem gesetzlichen Bertreter des Kindes durch die Post mit Zustellungsurkunde oder durch einen öffentslichen Beamten zuzustellen. Die als ungültig erklärte Arbeitskarte ist dem Gewerbeaufsichtsamt auszushändigen. Die Entziehung ist in dem Verzeichnis (Nr. 9) zu vermerken. Die Vorschrift der Nr. 10 über die Benachrichtigung der beteiligten Stellen gilt entsprechend.
- 17. Für Bezirke, in benen Kinder vielkach zur Mithilfe in der Seimarbeit herangezogen werden, kann der Senat nach Anhörung des Beauftragten des Staatsjugendführers im Einvernehmen mit dem Landestreuhänder der Arbeit die Ausstellung der Arbeitskarten abweichend von den Borschriften der Nr. 6 bis 16 regeln.

3u § 5 Abs. 2

- 18. Die Beschäftigung volksschulpflichtiger Kinder in den im anliegenden Berzeichnis (Anlage) genannten Werkstätten und mit den dort aufgeführten Arbeiten wird nach § 5 Abs. 2 Saz 2 als unsgeeignet bezeichnet und ist daher auch in Familienbetrieben verboten.
- 19. Das Gewerbeaufsichtsamt kann Arbeiten, mit denen Kinder in Familienbetrieben beschäftigt werden, im Einzelfall als ungeeignet bezeichnen. Die Vorschriften der Nr. 53 gelten entsprechend.

311 § 5 Abs. 4

- 20. Der Antrag auf Zulassung der Kinderbeschäftigung bei Musikaufführungen, Theatervorstels lungen usw. nach § 5 Abs. 4 ist von dem Unternehmer bei der für den Beschäftigungsort zuständigen Ortspolizeibehörde einzureichen. Der Antrag kann statt bei der Ortspolizeibehörde beim Gewerbeaufslichtsamt eingereicht werden, wenn die Sachlage eine sofortige Entschiedung verlangt. In dem Antrag sind die Darbietung, bei der die Kinder beschäftigt werden sollen, Namen, Alter und Wohnort der Kinder sowie die Art, Tageszeit und Dauer der Beschäftigung (einschließlich der Broben) anzugeben. Ferner sind dem Antrag Zustimmungserklärungen der Erziehungsberechtigten beizusügen, wenn für die Kinder keine Arbeitskarten erforderlich sind (Nr. 5 Satz). Auf Anfordern ist das Texts oder Drehbuch der Darbietung einzusenden. Bei Verwendung von Kindern unter drei Jahren ist der Rachweis zu erbringen, daß besondere Vorkehrungen zum Schuhe der Gesundheit und zur sachkundigen Pflege und Beaufsichtigung der Kinder getroffen sind.
- 21. Für die bei der Darbietung nicht nur gelegentlich beschäftigten Kinder sind Arbeitskarten zu beantragen (Nr. 6, 8 oder 13). Für die Zulassung der Kinderbeschäftigung nach § 5 Abs. 4 und für die Ausstellung der Arbeitskarten genügt ein Antrag, wenn für den Beschäftigungsort und den Wohnort der Kinder dieselbe Ortspolizeibehörde zuständig ist.
- 22. Die Ortspolizeibehörde hat zu ermitteln, ob Bedenken gegen die Person des Antragstellers (z. B. wegen Bergehens gegen Arbeitsschutzvorschriften) vorliegen. Sie hat ferner festzustellen, ob die Betriebsverhältnisse oder die Art der Beschäftigung gesundheitliche oder sittliche Schädigungen des Kindes befürchten oder somstige Nachteile erwarten lassen. Der Antrag sit mit einem Bericht über das Ergebnis der Ermittlungen an das Gewerbeaussichtsamt weiterzuleiten, das für den Beschäftigungsort zuständig ist. Falls der Unternehmer gleichzeitig die Ausstellung von Arbeitskarten beantragt (Nr. 21 Sah 2), sit der Antrag nach Nr. 7 über die Schulbehörde und das Jugendamt oder nach Nr. 8 unmittelbar an das zuständige Gewerbeaussichtsamt zu senden.
- 23. Dem Antrag darf das Gewerbeaufsichtsamt nur stattgeben, wenn Belange der Kunst oder Wissenschaft die Beschäftigung von Kindern erfordern. Diese Voraussehung ist nur dann gegeben, wenn ohne Mitwirtung der Kinder der künstlerische oder wissenschaftliche Zwed der Beranstaltung nicht erreicht würde. Die Absicht, durch die Beschäftigung von Kindern lediglich einen stärkeren Eindruck auf die Zuschauer auszuüben, rechtsertigt die Erteilung der Genehmigung nicht. In Zweiselsfällen ist die

Multer

Landeskulturkammer zu hören. Eine Genehmigung darf nicht erteilt werden, wenn die Rinder bei der Darbietung nicht gestaltend mitwirken, sondern als Pagen, Platanweiser od. dgl. tätig sein sollen.

- 24. An die Verwendung von Kindern unter drei Jahren sind besonders strenge Anforderungen zu stellen. Die Genehmigung ist nicht zu erteilen, wenn der fünstlerische oder wissenschaftliche Zwed auch durch Mitwirfung älterer Kinder oder durch regietechnische Mahnahmen (Verwendung von Puppen) erreicht werden kann. Dah ein erhebliches wissenschaftliches oder künstlerisches Bedürfnis die Verwendung notwendig macht, ist in der Regel durch Anhören der Landeskulturkammer (Nr. 23) festzustellen.
- 25. Ergeben sich keine Bedenken, so stellt das Gewerbeaussichtsamt die Arbeitskarten nach den Borschriften der Nr. 9 oder 13 aus. Die Ausstellung gilt als Genehmigung nach § 5 Abs. 4. Etwaige Genehmigungsbedingungen sind dem Unternehmer durch schriftlichen Bescheid mitzuteilen. Falls Arbeitsfarten nicht erforderlich sind (Nr. 5 Sah 3), ist dem Unternehmer eine schriftliche Genehmigung zu erteilen, in der die Kinder, die bei der Darbietung beschäftigt werden dürfen, namentlich aufgeführt sind.
- 26. Die Genehmigung ist gegebenenfalls von Bedingungen abhängig zu machen, die den Unfall-, Gesundheits- und Sittlickeitsschutz der Kinder betreffen. In der Regel ist anzuordnen, daß für dauernde Beaufsichtigung der Kinder zu sorgen ist. Die Aufsichtsperson kann auf Ersuchen des Gewerbeaussichts- amts vom Jugendamt benannt werden. Außerdem sind nähere Bestimmungen über die Dauer und Lage der Beschäftigung, über die Ruhepausen und über etwaige Sonntagsarbeit zu treffen. Das Gewerbeaussichtsamt kann ferner bestimmen, daß Aufführungs- und Filmausnahmetage, die noch nicht sessstehen, und Darbietungen, die in dem Bezirf eines anderen Gewerbeaussichtsamts stattsinden sollen, spätestens vierundzwanzig Stunden vorher der Ortspolizeibehörde und gegebenenfalls auch dem örtlich zuständigen Gewerbeaussichtsamt mit Angabe des Beginns und Endes der Beschäftigung, der Namen der Kinder und der Art ihrer Betreuung anzuzeigen sind.
- 27. Bei Filmaufnahmen dürfen Kinder nur beschäftigt werden, wenn sie während ihres Aufenthalts an der Betriebsstätte der Obhut einer staatlich anerkannten Säuglingspflegerin, Kindergärtnerin oder Jugendpflegerin anvertraut sind. In geeigneten Fällen kann das Gewerbeaufsichtsamt hiervon absehen und die Aussicht anderen Personen, z. B. den Eltern, dem Beauftragten des Staatsjugendführers, dem Lehrer oder dem Aufnahmeleiter übertragen. Bei der Auswahl der Aussichtspersonen hat das Jugendamt das Gewerbeaufsichtsamt auf dessen Ersuchen zu unterstützen. Die Dauer des Ausenthalts an der Betriebsstätte einschließlich der Wartezeit ist für Kinder unter drei Iahren auf höchstens zwei Stunden, für Kinder unter sechs Iahren auf höchstens oder Stunden und für ältere Kinder auf höchstens acht Stunden täglich zu beschränken. Die Beleuchtungsdauer bei Aufnahmen oder Proben darf jeweils fünf Minuten nicht überschreiten. Kinder unter drei Iahren dürfen nicht bei Beleuchtung mit Bogenslampen oder Lampen ähnlicher biologischer Strahlenwirkung aufgenommen werden.
- 28. Die Genehmigung ist zu widerrufen, wenn der Unternehmer gegen die Borschriften des Jugendschutzesetzes oder gegen die Genehmigungsbedingungen erheblich verstößt. Bon dem Widerruf sind die in Nr. 10 genannten Stellen, soweit sie beteiligt waren, zu benachrichtigen.

der Betriebsführer gegen Arbeitsschutzvorschritzte absiendere gegen die Genehmigungsbedingungen

- 29. Kinder, die nicht mehr volksschulpflichtig sind, dürfen ausschließlich der Unterrichtszeit in einer Berufsschule die zu sechs Stunden täglich beschäftigt werden. Einschließlich der Unterrichtszeit darf die tägliche Arbeitszeit acht Stunden nicht überschreiten.
- 30. Lehrlinge, die noch nicht vierzehn Jahre alt, also Kinder im Sinne des Gesehes sind, dürsen auf Grund des § 6 Abs. 1 Satz 3 nach Anzeige an das Gewerbeaussichtsamt ebenso wie Iugendliche beschäftigt werden; dasselbe gilt für Kinder, die in einem anerkannten Anlernverhältnis stehen. Die Anzeige ist von dem Unternehmer schriftlich oder mündlich bei dem für den Beschäftigungsort zusständigen Gewerbeaussichtsamt zu erstatten. Die Anzeige ist erforderlich, wenn die Beschäftigung sechs Stunden am Tage überschreitet. Das Gewerbeaussichtsamt kann die Beschäftigung in entsprechender Anwendung des § 20 Abs. 2 über gefährliche Arbeiten untersagen oder von Bedingungen abhängig machen.

ine Nerlangerung der Rubenaufen Tonunt 2.18th 6 &uC in Betrauf, die durch die Beschäftigung in

31. Anträge auf Zulassung von Kinderarbeit bei den im § 6 Abs. 2 bezeichneten Beranstaltungen sind den Borschriften der Nr. 20, 22 und 25 bis 28 entsprechend zu behandeln.

43. Die Julastung von Ausnahmen, 2 IdK 17 8 uEinrung der Ruhepausen, sest einen Antrag

32. Jugendliche dürfen mit Arbeiten, die ihrer Art nach einen ununterbrochenen Fortgang erfordern, täglich höchstens acht Stunden und wöchentlich höchstens sechsundfünfzig Stunden, jedoch in zwei auseinanderfolgenden Wochen nicht länger als einhundertundvier Stunden beschäftigt werden.

Die Söchstgrenze von sechsundfünfzig Stunden in der Woche darf auch dann nicht überschritten werden, wenn die Arbeitszeit nach § 9 anders verteilt wird oder Bor- und Abschlußarbeiten nach § 10 aus- geführt werden.

aud Jed & uf inflerifde ober wiffenschaftlige Bwed auch

- 33. Die Entscheidung, ob die Art des Betriebes eine ungleichmäßige Berteilung der Arbeitszeit erfordert, ist nur in Zweifelsfällen notwendig. Sie kann von Amts wegen oder auf Antrag getroffen werden. Der Bescheid ist dem Unternehmer durch die Post mit Zustellungsurfunde oder durch einen öffentlichen Beamten zuzustellen. Eine besondere Mitteilung ist nicht erforderlich, wenn die Entscheidung öffentlich bekanntgemacht wird.
- 34. Entscheidungen von grundsätlicher Bedeutung sind im Staatsanzeiger Teil I zu versöffentlichen.
- 35. Das Gewerbeaufsichtsamt hat den Entwurf einer Entscheidung von grundsätlicher Bedeutung vor dem Erlaß dem Senat vorzulegen, der eine Nachprüfung vorzunehmen hat und gegebenenfalls weitere Feststellungen veranlassen kann. Bestehen keine Bedenken, so ist die Sache an das Gewerbe-aufsichtsamt mit dem Bemerken zurückzugeben, daß der Entscheidung zugestimmt wird; anderenfalls ist die Abänderung der Entscheidung zu veranlassen.

36. gen fehlt mattent un tiedenenntnn

3u § 10 Abs. 3

37. Die Borschriften der Nr. 33 bis 36 gelten auch für Entscheidungen, ob bestimmte Arbeiten als Bor- und Abschlußarbeiten im Sinne des § 10 anzusehen sind.

Gewerbeauflichtsannt mit Angabe des Beginnttigus; der Beschäftigung, der Ramen der Kinder

- 38. Arbeitszeitverlängerungen, die über die für Erwachsene geltenden Grenzen hinausgehen, sind für Jugendliche nicht zu genehmigen. Auf die im § 11 für Arbeitszeitverlängerungen festgesette Dauer der Arbeitszeit ist die Unterrichtszeit in einer Berufsschule anzurechnen; hierauf ist in dem Genehmisgungsbescheid hinzuweisen.
- 39. Aus dem Antrag auf Arbeitszeitverlängerung, dem möglichst eine Durchschrift beizufügen ist, sollen der Grund der Arbeitszeitverlängerung, die Zahl, das Alter und das Geschlecht der in Betracht kommenden Jugendlichen, die Art der Beschäftigung, die Dauer der Ausnahme und die Dauer und Lage der täglichen Arbeitszeit und der Ruhepausen hervorgehen.
- 40. Die Ausnahmen sind zu befristen. Sie sind gegebenenfalls durch Bedingungen einzuschränken, die mit dem Zweck des Gesethes, insbesondere mit dem Schut der Jugendlichen gegen Gesährdung durch die Dauer der Arbeitszeit, in unmittelbarem Zusammenhang stehen (z. B. Bestimmungen über die Lage der Arbeitszeit und der Ruhepausen, über Bereitstellung einer warmen Mahlzeit und über Gewährung zusählicher Freizeit für geleistete Mehrarbeit). In der Regel ist zu bestimmen, daß die Genehmigung oder ihre Abschrift an sichtbarer Stelle im Betriebe auszuhängen ist. Die Rechtsgrundslage (§ 11 Nr. 1 oder 2) ist in der Genehmigung anzugeben. Die Durchschrift des Antrags kann in geeigneten Fällen für die Genehmigung verwandt werden. Die Genehmigung ist zu widerrufen, wenn der Betriebsführer gegen Arbeitsschutvorschriften, insbesondere gegen die Genehmigungsbedingungen erheblich verstößt.

311 § 13 Abj. 1

41. Den Lehrlingen, die nach § 13 Abs. 1 keinen Anspruch auf eine Mehrarbeitsvergütung haben, sind im Sinne dieser Borschrift die in einem anerkannten Anlernverhältnis beschäftigten Jugendlichen gleichgestellt. Der Anspruch auf Mehrarbeitsvergütung entfällt jedoch nur, wenn die Lehrlinge und die in einem anerkannten Anlernverhältnis beschäftigten Jugendlichen eine Erziehungsbeihilfe erhalten.

3u § 15 21bf. 4 billfirdi remderretall med mod

- 42. Bei einer abweichenden Festsetung der Ruhepausen sind u. a. die Art der Arbeit, die Beschaffenheit der Arbeitsräume, das Borhandensein von Aufenthaltsräumen und das Alter und Geschlecht der Iugendlichen zu berücksichtigen. Eine Berkürzung der Ruhepausen ist nur zuzulassen, wenn die Gesamtdauer der Ruhepausen dieselbe bleibt oder die notwendige Erholung anderweitig sichergestellt ist. Eine Berlängerung der Ruhepausen kommt für Iugendliche in Betracht, die durch die Beschäftigung in erheblichem Maße beansprucht oder der Einwirkung giftiger Stoffe ausgesetzt sind. Bei Fließe und Bandarbeit oder anderen mit besonderer Beanspruchung verbundener Arbeitsversahren können zusählich auch häufigere Arbeitsunterbrechungen (Kurzpausen) angeordnet werden, die als Arbeitszeit gelten.
- 43. Die Zulassung von Ausnahmen, 3. B. einer Berkürzung der Ruhepausen, setzt einen Antrag entsprechend der Borschrift der Nr. 39 voraus; der Antrag ist nach den Borschriften der Nr. 40 zu behandeln. Eine Berkängerung der Ruhepausen kann auch von Amts wegen angeordnet werden. Die Berkügung ist im Bedarfsfall im Staatsanzeiger Teil I zu veröffentlichen.

bereitung (Separation, ABolde), del dem I 2 1,160 96 8 ng Berladung auch nicht überlage beschiege

44. Die Beschäftigung jugendlicher Rellner und Köche über sechzehn Jahre bis vierundzwanzig Uhr kann nur zugelassen werden, wenn der Hauptgeschäftsverkehr der Gast- und Schankwirtschaft regelmäßig in den späten Abendstunden liegt. Der Antrag auf Zulassung der Beschäftigung muß die entsprechenden Angaben der Nr. 39 enthalten. Der Antrag ist nach den Borschriften der Nr. 40 zu behandeln. Die Genehmigung ist nur zu erteilen, soweit die Beschäftigung nach dreiundzwanzig Uhr zur vollständigen Ausbildung der Jugendlichen erforderlich ist. Diese Boraussehung ist nicht erfüllt, wenn tagsüber oder in den frühen Abendstunden ein annähernd gleich starker Geschäftsverkehr wie in den späten Abendstunden herrscht.

3u § 16 Abj. 4 119 enschildelig tim est tischel schildengut.

45. Die Anzeige, daß Jugendliche unter sechzehn Jahren bei Musikaufführungen, Theatervorstellungen, anderen Schaustellungen, Darbietungen oder Lustbarkeiten oder bei Filmaufnahmen nach zwanzig Uhr beschäftigt werden sollen, ist von dem Unternehmer schriftlich bei dem Gewerbeaussichtssamt zu erstatten. Aus der Anzeige müssen Jahl, Alter und Geschlecht der Jugendlichen, die Art ihrer Beschäftigung und die Dauer und Lage der täglichen Arbeitszeit und der Ruhepausen hervorgehen. Falls gegen die Seranziehung der Jugendlichen unter sechzehn Jahren zu den im § 16 Abs. 4 genannten Beranstaltungen in gesundheitlicher oder sittlicher Sinsicht Bedenken bestehen, ist die Beschäftigung nach zwanzig Uhr zu untersagen oder von Bedingungen abhängig zu machen. In Zweifelssfällen ist die Landeskulturkammer zu hören. Die Beschäftigung nach zwanzig Uhr ist zu untersagen, wenn die Jugendlichen bei der Darbietung nicht gestaltend mitwirken, sondern als Pagen, Platzenweiser od. dgl. tätig sein sollen. Die Beschäftigung von Jugendlichen über sechzehn Jahre kann gegesbenenfalls auf Grund des § 20 Abs. 2 über gesährliche Arbeiten gänzlich untersagt oder von Beschingungen abhängig gemacht werden.

3u § 16 Abi. 5

- 46. Die Anzeige über die Verlegung der Schichten in die Zeit von fünf dis zweiundzwanzig Uhr ist beim Gewerbeaufsichtsamt schriftlich zu erstatten. Aus der Anzeige müssen die Zahl der in jeder Schicht beschäftigten erwachsenen Gefolgschaftsmitglieder, die Zahl, das Alter und das Geschlecht der Jugendlichen, die Art der Tätigkeit, die Dauer und Lage jeder Schicht und der in jeder Schicht gewährten Pausen sowie der Grund der Schichtverlegung hervorgehen.
- 47. Der Antrag auf Zulassung der Schichtverlegung in der Zeit von sieben bis vierundzwanzig Uhr soll die gleichen Angaben enthalten wie die Anzeige nach Nr. 46. Er ist nach den Borsschriften der Nr. 40 zu behandeln.

3u § 16 Abi. 6

48. Bei Erteilung von Genehmigungen für Betriebe, in denen die Arbeiter in außergewöhnlichem Grade der Einwirfung von Site ausgesetz sind, finden die Vorschriften der Nr. 39 und 40 über den Inhalt und die Behandlung von Anträgen entsprechende Anwendung.

3n § 17 Abj. 2

49. Jugendliche dürfen in den im § 17 Abs. 2bezeichneten Betrieben an den Sonnabenden und den Tagen vor dem Weihnachts- und Neujahrsfest nach vierzehn Uhr nur beschäftigt werden, wenn an dem Sitz des Betriebes eine Beschäftigung am Sonnabendnachmittag in dem in Betracht kommenden Wirtschaftszweige üblich ist.

3u § 17 Abs. 4 und § 18 Abs. 5 dans ab an anglista nogumentation

50. Die Vorschriften der Nr. 39 und 40 über den Inhalt und die Behandlung von Anträgen gelten entsprechend bei Julassung der Beschäftigung von Jugendlichen über sechzehn Jahre an Sonnabenden nach vierzehn Uhr sowie an Sonntagen. Die Genehmigung darf nur aus dringenden Gründen des Gemeinwohls oder nur dann erteilt werden, wenn ein unverhältnismäßiger Schaden für den eigenen oder einen fremden Betrieb eintreten würde.

3u § 19

51. Die Anzeige von Notfällen ist unverzüglich mündlich (fernmündlich) oder schriftlich zu erstatten. In der Anzeige sind die Umstände, die eine Ausnahme nach § 19 begründen, der Umfang der Ausnahme und ihre voraussichtliche Dauer anzugeben. Bei Arbeiten von längerer Dauer kann eine abweichende Regelung der Arbeitszeit nicht auf § 19 gestützt werden. Das Gewerbeaufsichtsamt hat nach Möglichkeit nachzuprüfen, ob ein Notfall vorliegt.

3u § 20 Abf. 1 sealledalk medileat eid dit meduk 300 act

52. Weibliche Jugendliche dürfen in Bergwerken, Salinen, Aufbereitungsanstalten und unterirdisch betriebenen Brüchen und Gruben nicht untertage, ferner bei der Förderung mit Ausnahme der Aufbereitung (Separation, Wäsche), bei dem Transport und der Verladung auch nicht übertage beschäftigt werden. Sie dürfen ferner nicht in Hochofen= und Stahlwerken, Metallhütten, Walz-, Preß- und Hammerwerken für Eisen, Stahl und andere Metalle, in denen diese Stoffe nicht kalt verarbeitet werden, in Kokereien und bei Bauten aller Art mit den eigentlichen Betriebsarbeiten beschäftigt werden.

3u § 20 21bf. 2

53. Die Anordnung des Gewerbeaufsichtsamts über die Beschäftigung mit gefährlichen Arbeiten kann über die vom Senat auf Grund des § 20 Abs. 1 erlassenen Bestimmungen hinausgehen. Sie kann sich auf sämtliche Jugendliche eines Betriebes oder einer Betriebsabteilung oder auf einzelne Jugendliche, soweit sie mit gefährlichen Arbeiten beschäftigt werden, erstrecken. Die Beschäftigung kann gänzlich verboten oder von Bedingungen abhängig gemacht werden. Die Anordnung ist schriftlich zu erlassen und dem Unternehmer durch die Post mit Zustellungsurkunde oder durch einen öffentlichen Beamten zuzustellen. Die auf Grund des § 25 zulässige Beschwerde gegen die Anordnung kann nur innerhalb zweier Wochen nach Zustellung der Anordnung erhoben werden; auf die Ausschlußfrist ist in der Anordnung hinzuweisen. Die Beschwerde hat in diesem Fall ausschlebende Wirkung, sofern die Nichtaussührung der angeordneten Maßnahmen keine unmittelbare und erhebliche Gesahr für die Gesundheit oder die Sittlichkeit der Jugendlichen zur Folge hat. Die Entscheidung hierüber trifft das Gewerbeaussichtsant. Anordnungen von grundsählicher Bedeutung sind abschriftlich dem Senat auf dem Dienstwege vorzulegen.

311 § 21

- 54. Gefolgschaftsmitglieder erhalten für das Kalenderjahr, in dem sie das achtzehnte Lebensjahr vollenden, den Urlaub nach den Borschriften des § 21, wenn sie in diesem Jahre länger als drei Monate als Jugendliche in dem Betrieb tätig waren.
- 54 a. Im Bereich des öffentlichen Dienstes kann für vorübergehend zu bestimmten Jahreszeiten eingestellte Jugendliche durch Tarif- oder Dienstordnung gleichfalls die Wartezeit abweichend von § 21 geregelt werden.

3u § 23 Abi. 1 Nr. 1

55. Das Berzeichnis der Jugendlichen (Urlaubsliste) muß die Angaben des anliegenden Musters (Muster 5) enthalten. An Stelle des Berzeichnisses kann eine Kartei mit denselben Angaben treten.

311 § 23 Abf. 1 Mr. 2

56. Statt der Auslage kann ein Aushang der Berordnung erfolgen. Auf dem Aushang müssen mindestens die Borschriften der §§ 1 bis 3 und 7 bis 26 der Berordnung leicht lesbar abgedruckt sein.

anachinglomagrague miratiedelle sid na Zu § 23 Abf. 1 Mr. 3 magindened nou gnulistro is &

57. Die Vorschrift, daß ein Aushang über Beginn und Ende der regelmäßigen täglichen Arbeitszeit und der Ruhepausen an sichtbarer Stelle anzubringen ist, gilt entsprechend für erwachsene Gefolgschaftsmitglieder (Arbeitszeitordnung § 24 Abs. 1 Rr. 2). Die Angaben für Jugendliche und für Erwachsene tönnen auf einem Aushang vereinigt werden. Falls die Arbeitszeit in einzelnen Betriebsabteilungen verschieden geregelt ist, ist für jede Betriebsabteilung ein Aushang erforderlich. Weicht die regelmäßige Arbeitszeit einzelner Jugendlicher von der allgemeinen Arbeitszeit ab, so sind die abweichenden Arbeitszeiten auf dem Aushang kenntlich zu machen. Das Gewerbeaussichtsamt kann nähere Bestimmungen treffen, u. a. auch Bereinfachungen zulassen.

311 § 23 Abf. 1 Mr. 4 und 5

- 58. Als Nachweis für die andere Berteilung der Arbeitszeit dient der Aushang (Nr. 57), wenn sich dieselbe ungleichmäßige Berteilung der Arbeitszeit innerhalb des Ausgleichszeitraums längere Zeit hins durch wiederholt. Auf dem Aushang müssen Beginn und Ende der Arbeitszeit und der Ruhepausen für jeden Tag des Ausgleichszeitraums angegeben sein.
- 59. Weicht die tägliche Arbeitszeit in Ausnahmefällen von der durch Aushang (Nr. 57) bekanntsgemachten regelmäßigen Arbeitszeit ab, so ist in Ergänzung des Aushangs Tag und Umfang der Abweichung in einem Berzeichnis oder einer Kartei spätestens am folgenden Werktag festzulegen. Aus den Eintragungen muß zu erkennen sein, daß die Gesamtdauer der Arbeitszeit des einzelnen Jugendslichen innerhalb des Ausgleichszeitraums die gesetzliche Grenze nicht überschreitet. Die Eintragungen können auch in den Lohnlisten oder der Lohnkartei gemacht werden.
- 60. Andern sich die täglichen Arbeitszeiten häufig, so ist statt des Aushangs (Nr. 57) ein Berzeichnis oder eine Kartei zu führen, in die Beginn und Ende der täglichen Arbeitszeit und ihre Dauer für den einzelnen Jugendlichen, gegebenenfalls zusammengefaßt für den Betrieb, die Betriebsabteilung

Multer

ober bestimmte Gefolgschaftsgruppen, spätestens am folgenden Werktag einzutragen sind. Als auszeichender Nachweis sind auch Stempeluhrkarten anzusehen. Die Eintragungen können auch in den Lohnlisten oder der Lohnkartei gemacht werden.

- 61. Der Nachweis über Bor- und Abschlußarbeiten muß sich auf die Dauer dieser Arbeiten und die beteiligten Jugendlichen erstrecken. Es genügen entsprechende Angaben auf dem Aushang über die tägliche Arbeitszeit (Nr. 57 und 58) oder in dem Berzeichnis, der Kartei oder dem somstigen Nachweis über die andere Berteilung der Arbeitszeit (Nr. 59 und 60). Ein Nachweis ist nicht erforderlich, soweit die Bor- und Abschlußarbeiten durch späteren Beginn oder frühere Beendigung der Arbeitszeit oder durch längere Ruhepausen ausgeglichen werden.
- 62. Die in Notfällen festgesetzten Arbeitszeiten, die Art der Arbeiten und die beteiligten Jugendslichen sind unverzüglich schriftlich festzulegen; als Nachweis genügt die Durchschrift einer schriftlichen Anzeige an das Gewerbeaufsichtsamt (Nr. 51).
- 63. Das Berzeichnis der Freizeiten für die Beschäftigung am Sonnabend nach vierzehn Uhr oder am Sonntag (§ 17 Abs. 2 und § 18 Abs. 3) muß die Angaben des anliegenden Musters (Muster 6) enthalten. Die Angaben können auch in dem Berzeichnis, der Kartei oder dem sonstigen Nachweis über die andere Berteilung der Arbeitszeit (Nr. 59 und 60) gemacht werden. Die Eintragungen sind spätestens eine Woche nach dem Tage der Beschäftigung vorzunehmen. Den beteiligten Gesolgschaftsmitgliedern ist auf Berlangen Einsicht in das Berzeichnis zu gewähren. Wenn die Regelung der Freizeit längere Zeit hindurch dieselbe ist, kann an Stelle des Verzeichnisses ein Aushang mit den entsprechenden Angaben treten. Der Aushang ist an sichtbarer Stelle im Betrieb anzubringen.
- 64. Der Senat kann für einzelne Arten von Betrieben oder Arbeiten eine einheitliche Form der Nachweise vorschreiben. Die Anordnungen des Senats werden im Staatsanzeiger — Teil I — bekanntsgemacht. Soweit derartige Bestimmungen nicht erlassen sind, kann das Gewerbeaussichtsamt eine entsprechende Anordnung treffen; es kann auch Abweichendes bestimmen.

311 § 23 2161. 2

65. Unternehmer und Gefolgschaftsmitglieder sind verpflichtet, dem Gewerbeaufsichtsamt die zur Erfüllung seiner Aufgaben erforderlichen Angaben zu machen. Zu den Nachweisen, die dem Gewerbe- aufsichtsamt auf Berlangen vorzulegen oder zur Einsicht einzusenden sind, gehören sämtliche in den Nrn. 57 bis 63 genannten Aushänge, Berzeichnisse und Karteien, insbesondere auch Stempeluhrkarten, Lohn- und Gehaltslisten sowie sonstige Unterlagen, aus denen Zahl und Zusammensetzung der Gesfolgschaft und Art und Dauer der Beschäftigung sedes Gefolgschaftsmitglieds ersichtlich sind. Die Nach- weise sind mindestens ein Jahr nach der letzten Eintragung aufzubewahren.

311 § 24 Abi. 4

- 66. Jur Erzwingung der nach § 20 angeordneten Mahnahmen ist in der Regel zunächst das Strasversahren auf Grund des § 24 Abs. 1 und 2 durchzuführen. Bon der Besugnis des § 24 Abs. 4 ist erst dann Gebrauch zu machen, wenn auch nach rechtskräftiger Bestrasung ein den Bestimmungen entsprechender Zustand nicht hergestellt wird; nur wenn die Nichtausführung der angeordneten Mahnahmen eine unmittelbare und erhebliche Gesahr für die Gesundheit und Sittlickseit der Jugendlichen zur Folge hat, ist die Einstellung des Betriebes schon vor Erledigung des Strasversahrens anzuordnen. Drei Abschriften der Berfügung sind dem Senat auf dem Dienstwege vorzulegen.
- 67. Die Einstellung des Betriebes darf nur angeordnet werden, soweit der Betrieb von den auf Grund des § 20 erlassenen Bestimmungen betroffen wird. Die Anordnung ist unverzüglich aufzuheben, wenn Mahnahmen getroffen werden, durch die eine Fortsehung der Beschäftigung ohne erhebliche Nachteile oder Gefahren für die Jugendlichen möglich ist.

3u § 26 Abf. 1

68. Die Ortspolizeibehörden haben den Gewerbeaufsichtsämtern bei der Durchführung des Gesethes Amtshilfe zu leisten.

Anhörung des Staatsjugendführers

69. Das Gewerbeaufsichtsamt und der Senat haben vor Erteilung von Bescheiden, die auf Grund des Jugendschutzgesetz und dieser Verordnung ergehen und von allgemeiner oder grundsätzlicher Bedeutung sind, den Beauftragten des Staatsjugendführers anzuhören. Dem Beauftragten werden ferner Abschriften der auf Grund des Jugendschutzgesetzes und dieser Verordnung erteilten Bescheide zugeleitet. Der Senat trifft über die Anhörung und über die Zuleitung von Abschriften nähere Besstimmungen.

ARtifley

desemberally Ednik enspar fügnisch anftre Ukresämple Sonftiges fetägt seinen ungehoch felotälk etumisled seisda

70. Das Gewerbeauflichtsamt kann in einem Bescheib gleichzeitig mehrere Genehmigungen nach bieser Berordnung und ber Ausführungsverordnung vom 13. April 1939 (G. Bl. G. 221) erteilen.

71. Das Gewerbeaufsichtsamt hat über die Anordnungen nach Rr. 3, 19 und 53, über die Entscheidungen nach Nr. 4, 33 und 37 und über die Genehmigungen nach Nr. 25, 31, 40, 43, 44, 47, 48 und 50 Berzeichnisse zu führen. Diese Berzeichnisse und die Berzeichnisse, die von dem Gewerbeaufsichtsamt nach der Ausführungsverordnung zur Arbeitszeitordnung vom 13. April 1939 (G.BI. S. 221) ju führen find, fonnen gur Bereinfachung und befferen Uberficht ju Liften gusammengefaßt werden. Der Senat kann eine einheitliche Form ber Berzeichnisse ober Liften vorschreiben.

indeit lind unverginfichtentellich feltzulegen gerafttreten gerafttreten bereit indeit

72. Diese Berordnung tritt mit dem Tage der Berfundung in Rraft. Die Borschriften der Rr. 5 bis 28 treten, soweit sie die Ausstellung von Arbeitskarten betreffen, erst am 1. Juli 1939 in Rraft; bis zu diesem Zeitpunkt durfen volksichulpflichtige Rinder in den Grenzen des § 5 Abs. 2 bis 4 ohne Arbeitskarten beschäftigt werden.

Danzig, ben 13. April 1939.

Der Senat der Freien Stadt Danzig

W 5 - 52 61 rdunn deirje mi ellet Greifer Suth 190 meier mednente nednente nednenten

Verzeichnis der für Sinder in Jamilienbetrieben verbotenen Arbeiten*) (Jugendidutgefet § 5 Abf. 2 Sat 2)

Werkstätten, in denen durch Dampf, Wind, Wasser, Gas, Luft, Elektrizität usw. bewegte Maschinen verwandt werden. Ausgenommen sind Werkstätten, in denen ausschließlich Maschinen mit einem Kraftbedarf bis 500 Watt (Rleinstmaschinen) benutt werden,

Bedienung von Aufzügen aller Art,

Arbeiten, bei denen Lasten von mehr als 8 kg Gewicht von Sand bewegt oder befördert werden mussen, alle Ofen= und Feuerarbeiten,

Bergbau.

Brüche und Gruben,

Ralkbrennereien, Gipsbrennereien,

Werkstätten der Glasblaser, =aber, schleifer und =mattierer, mit Ausnahme der Werkstätten der Glas= blaser, in benen ausschließlich vor der Lampe geblasen wird,

Glasmalereien.

Werkstätten, in denen Quecksilber verwandt wird,

Werkstätten zur Anfertigung von Schieferwaren, Schiefertafeln und Griffeln, mit Ausnahme von Werkstätten, in denen lediglich das Färben, Bemalen, Befleben und die Verpadung von Griffeln ober bas Färben, Liniieren und Einrahmen von Schiefertafeln erfolgt,

Werkstätten der Steinbohrer, -schleifer und -polierer,

Steinmetereien, Steinhauereien,

Töpfereien und andere keramische Werkstätten, einschließlich des Bemalens von Töpfen, Racheln und Wliesen.

Biegeleien,

Werkstätten, in denen Blei- und Zinnspielwaren bemalt werden,

Metallgießereien aller Art,

Werkstätten, in benen Gegenstände auf galvanischem Wege mit Metallüberzügen versehen werden ober in benen Gegenstände auf galvanoplastischem Wege hergestellt werden,

Feilenhauereien.

Werkstätten der Gürtler und Bronzeure,

Werkstätten, in denen Blei, Rupfer, Zink, Leichtmetalle oder Legierungen dieser Metalle bearbeitet oder verarbeitet werden, mit Ausnahme von Werkstätten, in denen die Kinder lediglich mit Sortieren und Zusammensehen von Uhrenbestandteilen beschäftigt werden,

Werkstätten, in denen Waffen hergestellt und ausgebessert werden,

Austragen von Waffen und Munition,

Bedienen von Apparaten, in denen sich Flüssigkeiten, Dämpfe oder Gase unter Drud befinden,

Werkstätten zur Serstellung von Explosivstoffen, Feuerwerkskörpern, Zündhölzern und sonstigen Zündwaren; Austragen dieser Waren aus Werkstätten oder aus Verkaufsstellen,

Werkstätten, in denen Zellhorn verarbeitet wird,

Bleichereien,

Färbereien,

Tierharrschneidereien aller Art.

Lumpensortierereien, einschließlich des Einsammelns der Lumpen,

Budern und Bronzieren in der Papierverarbeitung,

Bulkanisieranstalten,

Holzfällen und Holzhaden,

Drechslereien.

Tischlereien,

^{*)} Soweit nicht die Arbeiten, sondern die Betriebe angeführt sind, gilt das Berbot für alle in diesen Betrieben vorkommenden Arbeiten. Das Austragen von Waren und andere Botengänge sind erlaubt, soweit sie in dem Berzeichnis nicht ausbrudlich verboten sind.

Solsichleiferarbeiten,

Bimmerpläke.

Felleinsalzereien, Gerbereien,

Werkstätten zur Anfertigung von Gummi-, Guttapercha- und Rautschukwaren,

Saar- und Borftenzurichtereien, Bürften- und Pinfelmachereien,

Berkstätten der Berlmutterverarbeitung,

der für Rinder in Samilienbetrieben verbotenen gerbeiten Bi rodifen Bleischen

Bäckereien,

Rellereien,

Berftellung von Fischkonserven und Marinaden, Fischräuchereien,

Beschäftigung bei ber Empfangnahme, beim Abliefern und bei der Berarbeitung von Gemusen, Bilgen oder Früchten in der Konservenindustrie, grangen thungs (nonichlamknissen) tiolk 000 ein traced

Werkstätten der Tabakindustrie,

Bauten aller Art, einschließlich Stragen=, Waffer=, Tief= und Brunnenbau, Abbrucharbeiten und Dach= dederarbeiten.

Werkstätten der Maler und Anstreicher,

Spriken von Farben mit Ausnahme von Wasserfarben,

Werkstätten zur Anfertigung von Polsterwaren, Bertstätten zur Anfertigung von Polsterwaren,

Schornsteinfegergewerbe,

Wäschereien und demische Waschanstalten,

Rohlenhandlungen.

Mehlhandlungen, Ghiefertafeln und Mahlen non Farben, Gwiefertafeln und Mahlen Beschäftigung an Tankstellen für Kraftwagen einschließlich des Wagenabwaschens und absprikens.

Feilbieten von Waren auf öffentlichen Wegen, Stragen, Plagen oder an anderen öffentlichen Orten ober ohne vorherige Bestellung von Saus zu Saus im stehenden Gewerbebetrieb sowie im Gewerbebetrieb Beförderung von Personen und deren Gepad,

Gaft= und Schantwirtschaften,

Regelaufsehen und andere Hilfsleistungen auf Regelbahnen,

Lichtspieltheater.

Abdedereien und Werkstätten zur Verwertung von Knochen, Blut und Fleischabfällen.

Werkstätten, in denen Blei, Aupfer, Jink, Leichtmetalle oder Legierungen dieser Metalle bearbeitet oder

(Zu Nr. 7 ber vorstehenben Ausführungsverordnung)

Antrag auf Ausstellung einer Arbeitskarte

(Jugendichungefen § 5 Abi. 1 und Ausführungsverordnung Rr. 5 bis 8 und Rr. 20 bis 22)

| | c) an bas Gewerbeauflichtsamt? |
|-------|--|
| Die | Ortspolizeibehörde |
| 11. | weitergesandt. Rur zu e): Die unmittelbare Abersendung erfalgt negen der Eilbedürftigleit der (*gartnM |
| regi | HERORITER HISO - SOCIONALITA CENTA INCOMENSATION - ALLE ACTUALITATION - ALLE |
| | Derr/Frau (Bor- und Zuname und Beruf des Antragstellers) |
| | wohnhaft beantragt die Aus- |
| | (Wohnort, Straße und Hausnummer) |
| | stellung einer Arbeitskarte für geboren am. (Bors und Zuname des Kindes) geboren am. |
| | (Bor- und Zuname des Kindes) (Geburtstag und -jahr) |
| | (Geburtsort) (Wohnort, Straße und Hausnummer) (bei wem?) Rind der Schüler der Schule |
| | Rind der Schüler der Schüler der Schule |
| | in |
| | (Schulort) Imadnegut an (Ort) |
| | Das Kind soll beschäftigt werden bei (Vor- und Zuname und Beruf des Unternehmers, Betriebsführers ober Firma) |
| | in Art der Beschäftigung: |
| | (Bezeichnung und Lage der Arbeitsstätte) |
| | Dauer der Arbeitszeit: an Schultagen von Uhr bis Uhr — Stunden, |
| | in den Schulferien werktags von Uhr bis Uhr= Stunden, |
| | an Sonn= und Feiertagen von Uhr bis Uhr= Stunden. |
| | Dauer der Beschäftigung: (Beschäftigungstage, -monate oder -jahre) |
| | (Beschäftigungstage, =monate oder =jahre) |
| II. | Zustimmung des gesetzlichen Bertreters (nicht Zutreffendes a) ober b) burchstreichen). |
| | a) Zu vorstehendem Antrag gebe ich als gesetzlicher Bertreter des Kindes meine Zustimmung. |
| fort | STREET, I THE TAX OF THE PROPERTY OF THE PROPE |
| | (Bor- und Zuname bes Baters bzw. gesehlichen Bertreters) |
| | |
| eiter | med) (Bohnort, Straße und Sausnummer) (Donnert, Straße und Sausnummer) |
| | b) Dem vorstehenden Antrag ist eine schriftliche Zustimmungserklärung (3. B. das Antragschreiben) |
| | des gesetlichen Vertreters beigefügt. |
| III. | Stellung der Ortspolizeibehörde |
| | 1. Das Alter des Kindes ist richtig angegeben. |
| | 2. Der Weg des Kindes zur Arbeitsstätte beträgt ungefähr Minuten. |
| | 2 Gagan dia Maskästianna dan Oindan kaskatan feine madanan |
| | folgende |
| | Dienflfiegel (Nintenfahriff) |
| | |

¹⁾ Der Antrag kann mündlich oder schriftlich von dem gesehlichen Bertreter des Kindes, dem Unternehmer oder einem anderen Beteiligten (3. B. der Mutter) gestellt werden.

²⁾ Es ist gegebenenfalls zu ermitteln, ob Bebenken gegen die Berson des Unternehmers (3. B. wegen Bergehens gegen Arbeitsschuhvorschriften) vorliegen oder ob die Betriebsverhältnisse oder bie Art der Beschäftigung gesundheitliche oder sitts liche Schädigungen des Kindes befürchten oder sonstige Nachteile erwarten lassen.

(Rudfeite)

| - | - | | |
|---|---|--|--|
| | | | |
| 5 | | | |
| | | | |
| | | | |

| Bu Rir. 7 ber porftebenben | | | Object. |
|------------------------------------|--|--|---------------|
| 4. Urschriftlich mit | Unlagen | | |
| | rn Leiter ber | Shule | M M 4 |
| (Ungutreffendes b) an bas Tu | | enig demonstrate 2:15 2:16 to 15 combit 2 ins | |
| c) an das Ger | verbeaufsichtsamt2) | | |
| | ocen echoden werden. | inadväävaliseitee | Sie Onte |
| weitergesandt. | | The signing as exposen, we | na Geldei |
| Rur zu c): Die unmittelbare | übersendung erfolgt we | gen der Eilbedürftigkeit der Ang | gelegenheit. |
| Eine Durchschrift | dieses Schreibens ist der | Schulbehörde — dem Jugendam | ıt — über= |
| fandt. | | | |
| sault sid troutined sells | ungulity eclique broad | | |
| Dienftsiege | DAN THE PROPERTY OF THE PROPERTY. | O Mandally) | |
| (Coburlated und sieht) | Bote und Juname des Rindes) | (Unterschrift) | |
| Sent her Sent make the sent | | in ber beintarben bemagegog | |
| Kausnummer) (bei wem?) | (Mahnart Strahe und | 7 | - |
| Der Leiter ber | Schiller olindo | | 19 |
| Urschriftlich mit | Anlagen | | Sofort! |
| anda | s Jugendamt | | (Reinge) |
| | Constitution of the same of th | in, | |
| mit folgender Stellung weiter | gesandt. | | |
| i grunding | Hall tall | ALL DAMP AND ADDRESS OF THE PARTY OF THE PAR | |
| he bis Abres Chunden. | If you | makirikhan Samu dia salah Ma | |
| | | | |
| Stumben. | Mary Company Company (1994) | | |
| Ortsuelle Bendrae elem einen. De | Thirtigo fong Steel bei | | |
| Dienstsfiege | Jantennanitind 1989 Digit | (Unterschrift) | ALIKE |
| int die Darbletung, be ber bie | liber beschäftligt werben | | |
| brr of durchstreichen). | s (nicht Intressendes a) e | mannin des goschlichen Bertreter | ithu&isbitis. |
| Das Jugendamt | als geschlicher Bertreter l | di adao on, ben madnadallana it | 19 |
| Urschriftlich mit | Anlagen | | Sofort! |
| farefertrett mediles an bas Gewe | | | silede unb |
| | | in | |
| nach Benehmen mit ber gufta | ndigen Dienststelle der St | aatsjugend mit folgender Stellu | na meiter= |
| 0010443). | | | |
| Anatotal Manning and Or C. Manning | sasuminaine amminaine | bent porfichentien Anticog iff eine | L (G |
| | | | |
| | | | |
| 90 instant | Contract to be the second | A STREET DESCRIPTION OF THE PROPERTY OF THE PR | |
| CINCOLLS DES COMMUNICATION | General sering training | neronetter, bas fin has subsets | |
| sugardia die Rotte per Alandund | des bestehen inigende | | |
| Dienftsiege | 1 | (11-1-1-1-1-1-1-1-1-1-1-1-1-1-1-1-1-1-1 | |
| | | (Unterschrift) | |
| Billismunt on Demonstration | Rindern erforbern Biele | | |
| | | | |

¹⁾ Die Urschrift ist unmittelbar an das Jugendamt zu senden, wenn das Kind die Schule noch nicht besucht. 2) Die Urschrift ist unmittelbar an das Gewerbeaufsichtsamt zu senden, wenn gegen die Beschäftigung des Kindes keine Bedenken vollechen und die beschleunigte Ausstellung dringend geboten erscheint.

³⁾ Aus der Augerung muß die Stellung der Staatsjugend hervorgehen.

(Zu Nr. 9 ber vorstehenden Ausführungsverordnung)

Art der Beschaftigung Kauer der Arbeitszeit

äftigungsstellen



Arbeitskarte Ar.

(Jugendichutgefet vom 5. Oktober 1938)

| für | (Bor= und Zi | ıname des Kind e s) | |
|-------------------------|--|---|--|
| geboren am | 19 3u | in gammeloemeber _{an} | altig, field sinter B. |
| Gesetlicher Bertreter: | | | |
| | (Bor= und Zi | iname, Beruf) | <u> </u> |
| in | | | Straße Nr. |
| Arheiten und nur in ber | angegebenen Zeiten beschä | ftigt werden, ein berichtig e vorder zur Werichtig | er mit den dort bezeichneten der Arbeitsfarte zu fieller der ist die Arbeitsfart nachmann der Arbeitsfart |
| | miliage, 1 Stambe nach bem Rachmiltags- unterricht | ftundige ober gwei bi | |
| Dienftsie | Freizeit in den Schulferlei | (Uni | daniatulfesgnoonegovini?- terfdrift) |
| di Cili | noa dun | eid noa noa | im Jahre |
| | поо бин | pon bis | im Jahre |

(Rudfeite bes erften Blattes)

| Beschäftigungsstellen | Art der Beschäftigung Dauer der Arbeitszeit (getrennt für Schultage und Schulferien) |
|--|--|
| The second state of the second | The second secon |
| | da der Ellbedarftigkeit der Angelegenheit. Saulbehörde — dem Ingendant — über- |
| | and desiration of the start of |
| m 5. Oktober 1938) | (Zugendichutgelet v |
| | E0f0787 |
| mit folgeider Stellung weitergefenbt. | |
| | |
| name, Berns) | |
| Straße Nr. | |
| Bei Anderung der Beschäftigungsstelle ist bei der der Arbeitskarte zu stellen; bei Anderung der Art zeit ist die Arbeitskarte vorher zur Berichtigu | der Beschäftigung und der Dauer der Arbeits= |
| Bemertungen des Gewerbeauffichtsamts: | er en |
| | |
| Gewerbeauflichtsamt | |
| nad Benehmen mit der zwitanbigen Dienftliellaugen weigen ber gelaubt eine | ber Staatsjugend mit folgender Stellnug weiter- |
| Eintragungen des Unternehmers: Die 15 Werktage | Freizeit in den Schulferien sind gewährt: |
| im Jahre von bis | und von bis |
| im Jahre von bis | und von bis |
| | |
| | |

(Bordersette bes zwetten Blattes)

beilen aufgeführt find; pal tiedrarbeit für Kinderarbeit pur Dugendichungeleh .

(nach §§ 1 bis 6 bes Jugenbichutgesetes vom 5. Ottober 1938)

I. Rinderarbeit ist grundsäglich verboten mit folgenden Ausnahmen:

A. Beidäftigung allgemein:

Boltsichulpflichtige Rinder über 12 Jahre dürfen beichäftigt werben:

| | the British of a succession | einsubolen. | Gewerbeaufildtelants |
|--------------------------------------|--|--|--|
| | an Schultagen | in den Schulferien2) werktag8 | an Sonn- und Feiertagen |
| Art ber Arbeiten. 1.91.3 | mit leichten Arbeiten im : mit Austragen von Warer mit anderen Botengängen, mit Sandreichungen beim & Andere Arbeiten sind nur | Handelsgewerbe, dup) die de la dela de | nur mit Landreichungen beim Sport |
| luwendung. oder in Heimarbeit und | See al way of the second second | | |
| Beginn ¹) frühestens | 8 Uhr, nicht vor dem Vormittagsunterricht | Gartnerei beschändt. | dagftigungrall 8 |
| Höchstdauer | 2 Stunden | 4 Stunden | 4 Stunden |
| Ruhepausen | 2Stunden nach dem Vor- mittags-, 1Stunde nach dem Nachmittags- unterricht | bei mehr als 3 Stunder stündige oder zwei vie | Beschäftigung eine halb- ertelstündige Pausen |
| Ende ¹) spätestens | 19 Uhr | 19 Uhr impeldiffundisa | 20 19 lihr, Handenly (* |

¹⁾ Auch ber Weg zur Arbeit und zurud muß nach 8 Uhr und vor 19 Uhr liegen.

²⁾ Während der Schulferien sind die Kinder jährlich mindestens 15 Werktage von der Beschäftigung frei zu lassen. Diese arbeitsfreie Zeit ist nach Möglichkeit zusammenhängend zu gewähren; sie darf nicht in mehr als zwei Abschnitte zerlegt werden.

(Rudfeite bes zweiten Blattes)

B. Beidäftigung im Familienbetrieb:

Hier ist die Beschäftigung von volksschulpflichtigen Kindern über 12 Jahre auch mit anderen Arbeiten als unter A angegeben zulässig, soweit sie nicht in dem Berzeichnis der verbotenen Arbeiten aufgeführt sind; vol. Anlage 2 der Ausführungsverordnung zum Jugendschutzesch *).

Ein Familienbetrieb liegt nur dann vor, wenn ausschließlich nahe Verwandte (3. Grades) des Unternehmers oder seiner Chefrau (Eltern, Großeltern, Urgroßeltern, Kinder, Enkel, Urenkel, Geschwister, Onkel, Tante, Neffe und Nichte), die auch zum Haushalt des Unternehmers geshören, beschäftigt werden.

C. Beschäftigung bei Musit= und Theateraufführungen, Filmaufnahmen usw .:

Hier können auch jungere Rinder beschäftigt werden, doch ist in jedem Fall die Genehmigung des Gewerbeaufsichtsamts einzuholen.

II. Arbeitsfarte.

Rinder (auch eigene) dürfen erst beschäftigt werden, wenn dem Unternehmer die Arbeitskarte des Rindes ausgehändigt ist (außer bei gelegentlicher Beschäftigung mit einzelnen Arbeitsleistungen). Der Unternehmer hat die Arbeitskarte aufzubewahren, auf amtliches Berlangen vorzuzeigen und nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses dem gesetzlichen Bertreter des Kindes auszuhändigen.

III. Geltungsbereich.

Auf die Beschäftigung im Saushalt, in der Land = und Forstwirtschaft, im Gartenbau, bei der Jagd und in der Tierzucht finden die Borschriften keine Anwendung.

Wird aber ein Kind 3. B. in erheblichem Maße im Ladengeschäft oder in Heimarbeit und daneben 3. B. in der Gärtnerei beschäftigt, so rechnet die ganze Tätigkeit als gewerbliche Beschäftigung.

Anmerkung: Shulentlassene Linder (unter 14 Jahren) dürfen wie Jugendliche beschäftigt werden, aber nur 6 Stunden (Lehrlinge und Linder in einem anerkannten Anlernverhältnis 8 Stunden) am Tag. An Stelle der Arbeitskarte tritt das Arbeitsbuch, das vom Landesarbeitsamt ausgestellt wird.

Remeiniere inacte des Gemeinschen und dem Bar in eine Gemeinschen und dem Bar ihre des Gemeinschen Geschieden Geschieden Gemein des Gemeinschielten Gemeinschen Geschieden Gemeinschen Gemeinschaften der gwei viertelstündige Paufen unterricht unterricht unterricht des Gewerbeausschilfen des Gewerbeausschilfen der Freier der Freier

2) Auch der Weg zur Arbeit und zurück muß nach 8 Uhr und vor 19 Uhr tiegen. 7) Während der Schulferien sind die Kinder jährlich mindestens IS Werltage von der Beschäftigung frei 11 alsen. Diese arbeitssteie Zeit ist nach Wöglichfeit zusammenhängend zu gewähren; sie darf nicht in mehr als zwei Ahchulte zerlegt werden. Minster 4 3n Nr. 13 ber vorstel

Mufter 3

(Zu Nr. 9 der vorstehenden Ausführungsverordnung)

Antrag auf Erzeichnis zu gerzeichnis zu gestellten antrag

der vom Gewerbeaufsichtsamt in adrödedienilaubiaa eis

ausgestellten Arbeitskarten

| Bor- und Zuname des Kinde Beburtsdaten (Tag, Monat, Jahr, der Ausstellung Bor- und Zuname, Beruf und An bes gesetzlichen Bertreters | Drt) Marchattiauna 854 | Art der Beschäftigung Dauer der Arbeitszeit |
|--|--|--|
| geboren am (Geburtstag und ejabr (Geburtsorf) | nd Zuname des Réches) | Arbeitsfarle für (Bore u |
| (bei wem?) | Strohe und Hausnummer) | |
| ne und Weruf des Unternehmers, Betriebsführers oder Firma | werden bei | Das Kind soll beschäftigt |
| Art der Beschäftigung: | lage ber Arbeitsflätte) | in (Bezeichnung und C |
| Arpeiteseit: | Danar ber | |
| dis Uhr - Stunden, | agen von Uhr i | an Shulf |
| is the Stunden, | lags con Uhr l | in den Schulferien werf |
| ois Uhr - Stunden. | igen von Uhr l | an Sonne und Feiert |
| lbar an das Gewerbeauflichtsamt gefandt. (Unterfacit des Antregfellers)*) | behörde | Die Arbeitsfarte lie. Stellung der Ortspolizei 1. Das Alter des Kind |
| | | 2. Der Weg bes Kinbe |
| en folgende Bebenken 3): | ing des Kindes bostel | 3. Gegen bie Bechäftigi |
| Cofort | Sinto den | 4. Urschiftschut |
| inffiditsonit . | n das Gewerber | D. |
| | si(9) | weitergefandt. |
| plicen Bertreter des Kindes, dem Unternehmer öder einem et schausensten auch er kale einem die Person des Kindes des Kindes der Kind | e gestellt merden. ifskider Entrag omflegt. iteln. ob Bedensen gegen i er ob die Vetriebegerbältn | eren Befeillaten (s. B. ber Mutter *) Nicht erforberlich, wehr ein fa *) Es in gegebeneufalls zu erwit |

(Bu Mr. 13 ber porftehenden Ausführungsverordnung)

Antrag auf Erganzung einer Arbeitskarte (Jugendichutgefet § 5 Abf. 1 und Ausführungsverordnung Rr. 13)

| Die Ortspolizeibehörde | beervom Gewerbeaufächlegmt in ing |
|---|--|
| I. Antrag 1) Ontel Tante, Reffinstradelistische | , den 19 |
| Herr/Frau | 119, 516 amanus, dun stalle |
| (Bor= und Juname un | d Beruf des Antragstellers) and god |
| wohnhaft (Makaat State up Se | beantragt die Ergänzung der |
| (Wohnort, Straße und Ho | |
| Arbeitskarte für ge (Vor- und Zuname des Kindes) | (Geburtstag und sjahr) (Geburtsort) |
| wohnhaft | |
| (Wohnort, Straße und Hausnummer) | (bei wem?) |
| Das Kind soll beschäftigt werden bei | |
| | und Beruf des Unternehmers, Betriebsführers ober Firma |
| in (Bezeichnung und Lage der Arbeitsstätte) | Urt der Beschäftigung: |
| | |
| | |
| Dauer der 2 | te de la come Come Come Come |
| an Schultagen von | Uhr = Stunden, |
| in den Schulferien werktags von | Uhr = Stunden, |
| an Sonn- und Feiertagen von | Uhr = Stunden. |
| Dauer ber Beschäftigung: | |
| | (ďäftigungstage, ≠monate oder ≠jahre) |
| Die Arbeitskarte liegt bei / wird unmittelbe | ar an das Gewerbeaufsichtsamt gesandt. |
| II. Stellung ber Ortspolizeibehörde | (Unterschrift des Antragstellers) ²) |
| 1. Das Alter des Kindes ist richtig angegeben | |
| 2. Der Weg des Rindes gur Arbeitsstätte betre | ägt ungefähr Minuten |
| | Faire |
| 3. Gegen die Beschäftigung des Rindes bestehen | folgende Bedenken 3): |
| | |
| | |
| 4. Urschriftlich mit | Sofort! |
| | No. of Street, or other Prince of Street, or oth |
| an das Gewerbeau | flidtsamt |
| weitergesandt. | in |
| (Dienft- fiegel) | |
| , legar | (Unterschrift) |
| | |

¹⁾ Der Antrag kann mundlich oder schriftlich von dem gesehlichen Bertreter des Kindes, dem Unternehmer oder einem

anderen Beteiligten (3. B. der Mutter) gestellt werden.

2) Nicht erforderlich, wenn ein schriftlicher Antrag vorliegt.

3) Es ist gegebenenfalls zu ermitteln, ob Bedenken gegen die Berson des Unternehmers (3. B. wegen Bergehens gegen Arbeitsschutzvorschriften) vorliegen oder ob die Betriebsverhältnisse oder die Art der Beschäftigung gesundheitliche oder sitteliche Schäbigungen des Kindes besürchten oder sonstige Nachteile erwarten lassen.

(Zu Nr. 55 ber vorstehenden Ausführungsverordnung)

Verzeichnis der Jugendlichen

(Urlaubslifte)

| Lifbe. Nr. | Bor- und Zuname | Geburtstag und -jahr | Eintritt in ben Betrieb am | Urlaub für das Jahr von *) | | Minbestens 10 tägige Teilnahme an einem Lager ober Fahrt ber Staatsjugenb ja/nein | Bemerfungen |
|---------------|--|---------------------------|--|----------------------------------|------------------------------|--|--------------------|
| | (Dairy) 1 (mgiaG) | (minta(g) | Contraction (Contraction) | PACIFICATION | g)ate | (mintage) | |
| | DUNI Juges Dome bending | DETOCK EN | Heroem am | mine con | STELL BE | | COMET WHE ELIGH |
| | ort form former Kaltisons | bok Stoff | History Clay | A PERMANE | COLUMN TO THE REAL PROPERTY. | | mine camernenny |
| | Darbiermeer bis to here | The state of the state of | a Lannarou B | emerkeeu39 | | and the second | The bulletine |
| | dantamia Chunden borba | See Called | | in a anach | | to must have been | file within an |
| | becuffidished wit Vino | Se bes Bes | | able ber 23 | 1557 | mma ber San | nine her Winher |
| | te. Web 1986 Betreining | mariden II | | | | | |
| | S. No. W. Landson | teles Rine | | tal medien | 200 | The maker and it | ess Watsothall |
| | The Children Children | of which the | | enten Saus | limoka | fourth Rich | rodsheetik ober |
| | and the second in | The Bertier | | Danier Base 9 | month! | | ictoon abjeba |
| | le Berlings Indicate Market | | | in little service | | to the state of | ability rest, bein |
| | e ster bord Wahashmetrik | | | DEPOSIT OF | | here les el 3 | t tos Sugmis |
| | ver Gewertlemaffichtsamt | of believe. | riudes que | majorithm ben. | Die | lauce has the | ntholes on be |
| | battalie ein alteglia ber | Barleyeli i | fir Ring | Description bank | See | | gari Gunbar. |
| | inder nater jeds Jahren | at begien | DIET CEUR | en and m | 8199 | e Rinhes das | boditette add |
| | tes taptio in registre | UNIC TO SEE | | | | E ORGENIE | 1. Dani Jawatia |
| | o abus francis abendeens | L. MINDES | | | | Det Businessin | |
| | o or compet almosts | | THE RESIDENCE OF THE PERSON OF | CHELL STREET | | O COSSIL. | |
| | Control of the Contro | | | duranega. | 45 99 | en ore applied | |
| | St. 10 programmier Steri | in Temoir S | | ENGLAND | | one con cen | COUNCELS UND |
| | an an administra where | in principal | | STATE OF THE PARTY | | MI LEWIS | |
| | | | | | | | |
| | 9. Stinder, bie nicht meh | voltsiduin | | bakten aus | dilek | di ber Unter | Steach in ones |
| | sidule bis ju leds Stund | en tägliğ bi | | taile. Child | liefilia) | ber Untersid | tsjelt barf bie |
| | s Stantingt add Stanti | e nicht uber | | | | | |
| | O. Behrlinde, bie noch ni | at biergebn | | Do Amber | in 3 | time bes Gefen | es ffind, darfen |
| | 1450 bes § 6 Min. 1 G. | 3 mag 2 | | is Bewerbe | ntita | somi ebenis i | de Ingeriolidie |
| | tigt warben; basielbe gi | filt Rink | | net energy | | Malermoethdin | ris ftehen. Die |
| | pe iff out den Unternehr | er lönfilið | | bei bei | | ben Belchaf | igungsort zu- |
| | en west bouilingson! | a eritotten | The Marie | in critical | | DESCRIPTION OF THE PERSON OF T | purious leés |
| | en an Tabe Abeldiesite | D. Das Ga | or breat Hall | | ino 1 | DESTRICTION OF THE | enstlered subse |
| | | and selling | We working! | ableringer | | non Elegentu | tigen abbeildig |
| | pagrheit ober illt Sonntagoar | nttintippuduad | 000 E 101 m | er Erlaufreisel | ler üb | innia ill entme | 1) The Sterse |
| | | | | | | | nandiri |
| | eier Nachmitteg ob 14 Uhr i | Harrie Rarmin | melten dhod | mende THY II | deligion | doct major and t | 180de: Kal |

^{*)} Auch ber in anderen Betrieben für das Kalenderjahr schon gewährte Urlaub ist einzutragen.

(Bu Mr. 63 ber porftehenben Ausführungsverordnung)

Berzeichnis der Ersatfreizeiten nach Jugendichutgefet § 17 Abf. 2

(§ 18 Abj. 3) 1)

| Market State Company | Mindeftens | gualtil | 8 10 401. 0) | | ben | | 19 |
|--|-----------------|-----------------------|------------------------------|------------------|------------------|--------------|-------|
| Name der Jugendlichen | 1. Woche | 2. Woche | ittagsarbeit (Si 3. Woche | 4. W oche | 5. Woche | is <108/ | et am |
| out Ougenoungen | von bis 8) | von bis 8) von bis 8) | | von bis 8) | von bis 8) | usw. | |
| THE SAME PARTY OF | (Datum) | (Datum) | (Datum) | (Datum) | (Datum) | | |
| | | D ZEROME Des 3 | (1042) | Genalsta | any sight | (Geburison | |
| wohabail | Ottoment. 3 | frahe und Haus | rice (text) | | (bit pe | 3 | |
| Das Rias i | ell belogitties | werben bei | | | | | |
| ·in | | (2)00 10 | in Allarante uno | Art ber 2 | MOMELL, ESCHED | anniers wher | |
| 100 | eidnung und bi | ge bet Arbeiteft | ana | ALL DEL A | ejádítigung: | | |
| The second secon | | | | | | | |
| | | | uer ber Arbe | tisgeit: | | | |
| | an Schulter | | libs bis | libr - | Gh. | | |
| in ben da | allerien werth | | The fire | 301 = 3 | GH | | |
| an Soun | unb Heierle | 100 100 | 340 No. 11 | 1007 | Ght. | nben. | |
| Daner bei | Sejőáftlaung: | | | | | | |
| | | | emeittelbor v | | ate over slange | | |
| Alle las | demander mea | T. Sel / mire | sudmitterone of | | beautili desamt | Stichot. | |
| II. Stellung De | Delspolise I | chörhe | | | t bes Antonifati | | |
| 1. Des Ti | r bes Rinber | M ridtig a | ngelieben | | | | |
| 2. Der Der | bes Rinber | jur Arbeitst | atte beträgt | | Minuten. | | |
| 3. Gegen bi | e Beldaftiger | | s bestehen | | (en)): | | |
| | | | | | | | |
| | | | | | | | |
| 4. Urlar | iftlich mit | | ige | | | Cofvet! | |
| | | | erkeaufit | Steamt | | | |
| | | | | | | | |

¹⁾ Das Bergeichnis ist entweber über Ersahfreizeit en für Sonnabendnachmittagsarbeit ober für Sonntagsarbeit gu

Das Verzeignis in entweber über Erlagfreizeit en für Sonnabendnachmittagsarbeit doer für Sonnabendnachmittagsarbeit doer für Sonnabendnachmittagsarbeit; ein freier Nachmittag ab 14 Uhr in jeder Boche; statt des freien Nachmittags tann in jeder zweiten Woche ein Vormittag dis 14 Uhr freigegeben werden. Der Bormittag ist durch Unterstreichung des Datums oder in anderer Weise tenntlich zu machen. Im Gesch vorgeschriebene Ersahfreizeit für Sonntagsarbeit; ein voller Ruhetag in jeder Woche; in jeder vierten Woche muß der Ruhetag auf einen Sonntag fallen.

3) Das Datum der Woche ist nur im Bedarfsfalle einzutragen.